












Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun Svizra

Nachrichtendienst des Bundes NDB

SICHERHEIT SCHWEIZ



EDITORIAL	5	
DER LAGEBERICHT IN KÜRZE	7	
STRATEGISCHES UMFELD	13	
TERRORISMUS	35	
GEWALTÄTIGER EXTREMISMUS	45	
PROLIFERATION	51	
VERBOTENER NACHRICHTENDIENST	59	
BEDROHUNG KRITISCHER INFRASTRUKTUREN	65	
KENNZAHLEN 2025	73	
<i>ABBILDUNGSVERZEICHNIS</i>	<i>84</i>	

KEINE ENTWARNUNG!

Liebe Leserin, lieber Leser

Der Bundesrat hält in der Sicherheitspolitischen Strategie 2026 fest, dass sich die Sicherheitslage der Schweiz erheblich verschlechtert hat. Diese Beurteilung fusst wesentlich auf den Erkenntnissen des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB). «Sicherheit Schweiz 2026» macht etliche davon öffentlich nachvollziehbar. Keine Entwarnung – diese beiden Worte sind die kürzeste Zusammenfassung des Berichts, den Sie in Händen halten. Er zeigt gleichzeitig, wie sich der NDB aktiv für die Sicherheit unseres Landes einsetzt und seine Leistung erbringt.

Für die Schweiz steht die Bedrohung durch Russland im Vordergrund. Russland führt seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine weiter. Seine hybride Konfliktführung gegenüber Europa wird aggressiver, und die Schweiz ist davon direkt betroffen. Dazu kommen: Machtpolitische Rivalitäten und Spannungen – Unsicherheit über das US-Engagement für die europäische Sicherheit – entlang der europäischen Peripherie neu entflammte Krisen und Konflikte, aus denen terroristische und gewalttätig-extremistische Bedrohungen entstehen. Dieses sicherheitspolitische Umfeld in all seinen Facetten muss die Schweizer Sicherheitspolitik berücksichtigen, um Gesellschaft und Staat zu schützen.



Serge Bavaud
Direktor des Nachrichtendienstes des Bundes

Bei der Verhinderung und Abwehr sicherheitspolitischer Bedrohungen spielt der NDB eine kritische Rolle. Der Begriff der «ersten Verteidigungslinie» ist nicht aus der Luft gegriffen. Damit der NDB diese Funktion weiterhin ausüben kann, braucht er Kompetenzen, die an die Entwicklung der Sicherheitslage angepasst sind. Die Sicherheitspolitische Strategie 2026 zielt deshalb mit ihren Massnahmen gerade auch auf die Verbesserung der nachrichtendienstlichen Fähigkeiten, Bedrohungen möglichst frühzeitig zu erkennen und zu verhindern. Die Aktualisierung dieser Kompetenzen ist Ziel der laufenden Revision des Nachrichtendienstgesetzes (NDG) aus dem Jahr 2017. Sie soll dafür sorgen, dass die erste Verteidigungslinie der Schweiz auch in Zukunft hält.

Die Lageeinschätzung des NDB verdeutlicht: Der Preis unserer Sicherheit und Eigenständigkeit wird höher. «Sicherheit Schweiz» bildet einen fundierten und wertvollen Beitrag zu dieser Erkenntnis.



Abbildung 1



DER LAGEBERICHT IN KÜRZE



Das sicherheitspolitische Umfeld und die Sicherheitslage der Schweiz haben sich erheblich verschlechtert. Russland bleibt die grösste und akuteste Bedrohung für Sicherheit, Stabilität und Frieden in Europa. Der wichtigste globale strategische Trend ist die systemische Rivalität zwischen den USA und China, auch wenn die USA ihre Aussen- und Sicherheitspolitik neu ausgerichtet haben. Sie verfolgen wie China und Russland stärker die Vorstellung von Einflussphären. Damit schwächen sie die regelbasierte Weltordnung, für die insbesondere Europa weiterhin einsteht.

Trotz zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten erweist sich das System Putin weiterhin als stabil. **Russland** setzt seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine auch im fünften Jahr fort. Weder ein stabiles Waffenstillstandsabkommen noch ein nachhaltiger Friedensvertrag sind in Reichweite. Seit Russland die Ukraine 2022 angegriffen hat, droht es zudem mit Nuklearwaffen. In Europa hat es seine hybride Konfliktführung stark intensiviert, insbesondere mit Sabotage-, aber auch mit Beeinflussungsaktivitäten. Es will damit Artikel 5 des Nato-Vertrags testen sowie westliche Demokratien und die transatlantische Einheit schwächen. Die Nato schätzt einen Angriff Russlands auf einen Mitgliedstaat bis Ende dieses Jahrzehnts als realistische Lageentwicklungsmöglichkeit ein und richtet die Weiterentwicklung ihrer Verteidigungsfähigkeit entsprechend darauf aus. Bis wann Europa konkret gegen Russland verteidigungsfähig sein muss, hängt wesentlich von der Glaubwürdigkeit der Nato-Abschreckung, der Haltung der USA zur Nato und dem weiteren Verlauf des Kriegs gegen die Ukraine ab. Die Vorwarnzeiten für einen Krieg gegen ein europäisches Nato-Mitglied haben sich deutlich verkürzt.

China arbeitet auf eine neue, auf seine eigenen Interessen ausgerichtete Weltordnung hin. Im

Zeichen erhöhter Spannungen nutzt es westliche Abhängigkeiten als Druckmittel. China hat Russland zu seinem ersten politischen Partner gemacht und spielt eine Schlüsselrolle bei der Fortsetzung des Kriegs gegen die Ukraine. Es ist bestrebt, die weltweit grösste Wirtschafts-, Technologie- und Militärmacht zu werden. Dabei stellt es zunehmend eine hybride Bedrohung dar. Mehrere westliche Staaten verfolgen mittlerweile Strategien, um ökonomische Verwundbarkeiten gegenüber China zu reduzieren und die eigene Resilienz zu stärken. Die EU sieht China nicht nur als Handelspartner, sondern auch als systemischen Rivalen. Auf beiden Seiten bestehen aber Abhängigkeiten voneinander, weshalb die chinesisch-europäischen Beziehungen trotz der angespannten politischen Lage relativ stabil sind.

China lockt mit einer neuen Weltordnung. Basierend auf der Ablehnung der westlich geprägten Ordnung rückt es enger mit **Russland, Iran und Nordkorea** zusammen. Die vier Staaten bilden allerdings keine Allianz, und es gibt unter ihnen Differenzen und Misstrauen. Nordkorea ist politisch nicht mehr so isoliert wie vor Jahren. Gegenüber seinem Haupthandelspartner China hat es an Handlungsspielraum gewonnen, mit Russland hat es die Zusammenarbeit nochmals intensiviert. Nordkorea setzt sein Nuklearprogramm fort und produziert weiterhin angereichertes Uran und Plutonium. China, aber auch Russland versuchen zudem, die Staaten des globalen Südens für ihre eigenen Interessen zu gewinnen.

Der **Irakkrieg** und die damit verbundene regionale Eskalation führen zu einer weiteren Schwächung der iranisch geführten sogenannten Achse des Widerstands, aber auch zu einer weiteren regionalen Destabilisierung. Weder von Russland noch China hat Iran im Krieg entscheidende politische oder militärische Unterstützung erhalten. Die jüngsten

Ereignisse finden vor dem Hintergrund einer ganzen Palette ungelöster Konflikte im Nahen und Mittleren Osten statt, insbesondere zwischen Israel und den Palästinensern, im Irak, im Jemen, im Libanon und in Syrien. Der Irankrieg untergräbt die Stabilität der Golfstaaten und hat auch sicherheitspolitische Spannungen zwischen den USA und ihren europäischen Alliierten intensiviert. Über die Blockade der Strasse von Hormus hat der Krieg weltweit zusätzliche wirtschaftliche und sicherheitspolitische Auswirkungen, die länger andauern werden. Der Krieg wird zudem zu einer weiteren Verknappung von weltweit raren militärischen Gütern insbesondere im Bereich der Luftverteidigung und Drohnenabwehr führen.

Die **USA** streben wie China und Russland Veränderungen der Weltordnung an. Die US-Administration will ihren Schwerpunkt auf das „Homeland“ und auf die „westliche Hemisphäre“ legen und relativiert in ihren Grundsatzpapieren die strategischen Rivalitäten mit China und Russland. Gegenüber Europa herrschen teilweise kulturkämpferische Töne vor. Insgesamt aber ist die amerikanische Aussen- und Sicherheitspolitik derzeit stark durch die Persönlichkeit des Präsidenten geprägt. Sie trägt situativ immer wieder klar globalistische, hegemoniale und interventionistische Züge, verlangt aber von Europa, die Verantwortung für die eigene Sicherheit selbst zu übernehmen.

Europa will in den nächsten Jahren seine Abhängigkeit nicht nur, wie oben beschrieben, von China, sondern auch von den USA reduzieren. Die Investitionen der EU in die Verteidigung haben 2025 einen Quantensprung gemacht. Aber der Weg zu einem postamerikanischen Europa bleibt lang. Europas Verteidigung und Abschreckung bleiben von kritischen militärischen Hochwertfähigkeiten der USA abhängig, die entsprechende Forschung in Europa hinkt analogen Investitionen in den USA weit hin-

terher. Die Fragmentierung des europäischen Rüstungsmarkts reduziert die Effizienz der eingeleiteten militärischen Aufrüstung.

Die globalen Trends führen zu Bedrohungen für und Angriffen auf die Schweiz:

- Sabotageaktionen sind Teil der hybriden Konfliktführung Russlands gegen Europa. Auch gegen die Schweiz werden Spionage, Cyberangriffe und Beeinflussungsaktivitäten eingesetzt. Allerdings gab es bislang noch keine Sabotageangriffe auf Schweizer **kritische Infrastrukturen**. Kollateralschäden solcher Angriffe im Ausland sind hingegen auch hierzulande jederzeit möglich, und kritische Infrastruktur in der Schweiz könnte sabotiert werden, um davon abhängige Staaten oder Bündnisse zu treffen.
- Besonders stark betroffen ist die Schweiz von **Proliferationsbemühungen** Russlands. Zudem versucht China, sich im Ringen um technologische Vorherrschaft in der Schweiz Vorteile zu verschaffen; so ist der Forschungsplatz Schweiz ein attraktives Ziel für China. Zur Proliferations- und Spionagebekämpfung sichert die Schweiz Wissen und hilft so auch mit, die westliche Verteidigungsbereitschaft zu stärken. Wenn die Schweiz nicht handelt, drohen Druckversuche oder gar ein direktes, sanktionierendes Eingreifen westlicher Staaten.
- Die Faktoren, die **Spionage** in der Schweiz begünstigen, bleiben stabil. Die allgemeine Spionagebedrohung ist sehr hoch. Ausländische Nachrichtendienste bleiben an zahlreichen Themen und Bereichen interessiert, wozu prioritär die Aussen-, Handels- und Sicherheitspolitik gehören, aber auch Fähigkeiten der Armee, die Rüstungsindustrie, die Spitzenforschung sowie die Organisationen, Gruppierungen und Personen, die jeweils

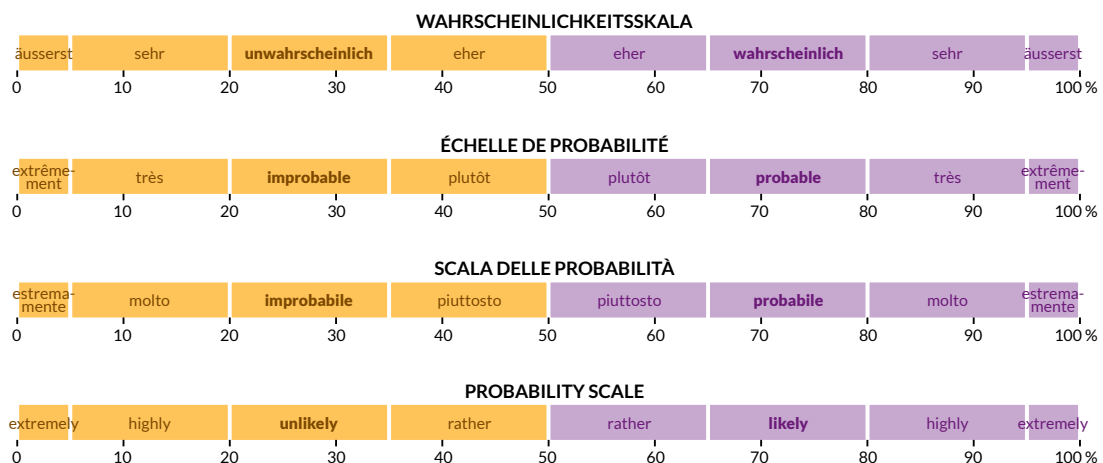
als Bedrohung eingestuft werden. Behörden, Organisationen und Personen werden sowohl durch menschliche Quellen als auch mit Cyberangriffen ausspioniert. Die hauptsächlichste Spionagebedrohung geht von Russland und von China aus.

- Die **Terrorbedrohung** wird in der Schweiz weiterhin primär von der dschihadistischen Bewegung geprägt, vor allem durch Personen, die mit dem „Islamischen Staat“ sympathisieren oder von Dschihadpropaganda inspiriert werden. Der Messerangriff vom 28. Mai 2026 in Winterthur, der von einer dschihadistisch radikalisierten Person verübt worden ist, bestätigt diese Einschätzung. Die Terrorbedrohung bleibt erhöht, das heisst, es liegen Hinweise auf terroristische Akteure in der Schweiz und/oder terroristische Absichten gegen die Schweiz vor. Die Bedrohung ist zunehmend diffus. Das Phänomen der dschihadistischen Online-Radikalisierung bleibt virulent. Die anhaltende Dynamik der Konflikte im Nahen Osten erhöht zusätzlich die Wahrscheinlichkeit von Gewalttaten gegen jüdische, israelische und amerikanische Interessen in Europa. Das gilt auch für die Schweiz. Schwer zu schützende Orte im öffentlichen Raum und insbesondere Menschenmengen bei Sport-

und Kulturveranstaltungen sind als potenzielle Anschlagziele weiterhin exponiert. Zudem hat der Irankrieg direkte Konsequenzen für die Terrorbedrohung in Europa und der Schweiz. Als potenzielle Täterschaft kommen diesbezüglich primär Akteure ausserhalb des dschihadistischen Spektrums in Frage. Dazu gehören zum Beispiel Anhänger beziehungsweise Sympathisanten Irans und Iran nahe Akteure, Sympathisanten der Hamas oder auch eigens für Anschläge angeworbene und bezahlte Kriminelle.

- Auch der **gewalttätige Extremismus** bedroht die Schweiz. So ist das Gewaltpotenzial der gewalttätigen linksextremistischen Szene weiterhin hoch. Die palästinensische und die kurdische Sache bilden nebst dem Antifaschismus ihr Hauptengagement. Auch die von gewalttätigen Rechtsextremistinnen und -extremisten ausgehende Bedrohung bleibt bestehen. Beide Szenen setzen ihre Aktivitäten fort, und die in den letzten Jahren festgestellten Entwicklungen bestätigen sich. Auch künftig werden sich die beiden Szenen im Wesentlichen an den bisher verfolgten thematischen Schwerpunkten orientieren.

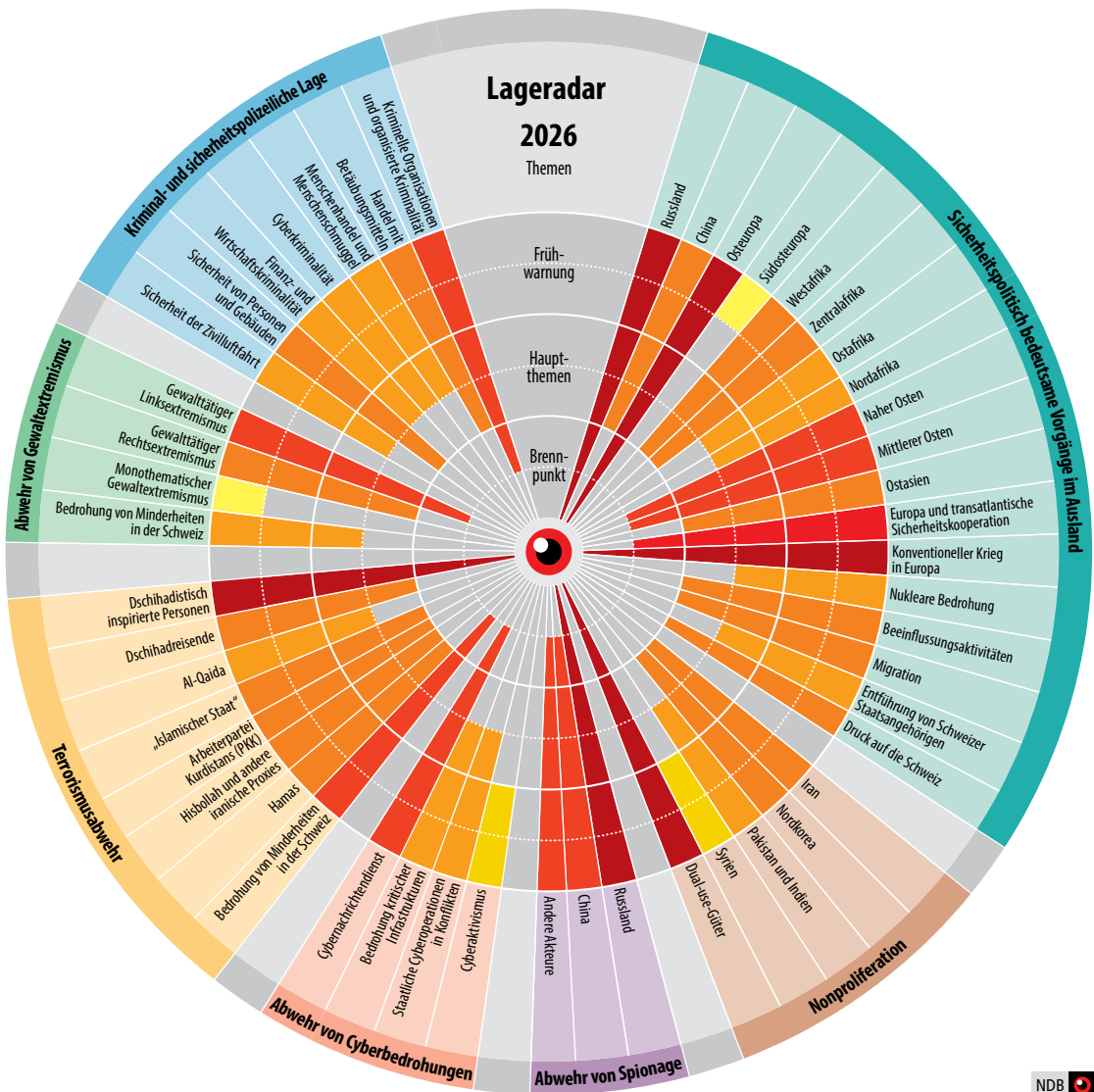
Übersicht über die in diesem Bericht verwendeten Wahrscheinlichkeitsangaben



DER LAGERADAR

Der NDB benützt für die Darstellung der für die Schweiz relevanten Bedrohungen das Instrument Lageradar. In einer vereinfachten Version ohne vertrauliche Daten ist der Lageradar auch Bestandteil des vorliegenden Berichts. Diese öffentliche Version führt die

Bedrohungen auf, die im Arbeitsgebiet des NDB und des Bundesamtes für Polizei liegen. Auf Themen anderer Bundesstellen wird im Bericht nicht eingegangen, sondern auf deren Berichterstattung verwiesen.





STRATEGISCHES UMFELD



Globale Trends



Russland bleibt die grösste und akuteste Bedrohung für Sicherheit, Stabilität und Frieden in Europa. Es hat seine hybride Konfliktführung in Europa stark intensiviert: Cyberangriffe, Sabotageakte, Luftraumverletzungen und Beeinflussungsaktivitäten sowie möglicherweise auch die mysteriösen Drohnenvorfälle zeugen davon. Die Schweiz

Russland hat seine hybride Konfliktführung in Europa stark intensiviert. Die Schweiz ist davon direkt betroffen.

ist von der hybriden Konfliktführung direkt betroffen (siehe dazu Kapitel

"Russland" auf Seite 22). Russlands teilweise Umstellung auf Kriegswirtschaft und seine anhaltende Aufrüstung bedeuten im Zusammenspiel mit den seit Langem bekannten russischen Absichten eine Bedrohung für Europa über den Krieg gegen die Ukraine hinaus. Dieser Krieg hat für das russische Regime weiterhin höchste Priorität. Russland hat komplexe und wirksame Strategien entwickelt, um sich weiter mit westlichen Gütern und Technologien zu versorgen. Es umgeht dabei Regeln und Sanktionen, auch in der Schweiz.

Der Krieg gegen die Ukraine ist ein Abnutzungskrieg. Weder eine militärische Entscheidung noch ein stabiles Waffenstillstandsabkommen oder ein nachhaltiger Friedensvertrag sind in Reichweite. Russland und die Ukraine scheinen bereit, den Angriffs- beziehungsweise Verteidigungskrieg weiterzuführen. Europa übernimmt mittlerweile die Hauptverantwortung für die westliche Unterstützung der Ukraine, hat aber auf die diplomatischen Bemühungen um einen Frieden nur indirekt Einfluss. Auf russischer Seite spielt vor allem China eine Schlüsselrolle dabei, dass der Krieg weitergeführt werden kann.

Mit 2022 wurde auch ein neues Nuklearzeit-

alter eingeläutet. Nuklearwaffen spielen als Machtmittel eine prominente Rolle wie zuletzt im Kalten Krieg. Russland droht seit Kriegsbeginn immer wieder mit dem Einsatz von Nuklearwaffen, und mehrere Nuklearmächte spielen nach Jahrzehnten mit dem Gedanken, ihre Nukleartests wiederaufzunehmen. China baut sein Nuklearwaffenarsenal aus. Nukleare Weiterverbreitung befindet sich am Scheideweg, und mit dem Auslaufen des New-Start-Vertrags im Februar 2026 ging das letzte verbliebene amerikanisch-russische Abkommen zur strategischen Rüstungskontrolle verloren. Dies trägt zur markanten und nachhaltigen Verschlechterung des sicherheitspolitischen Umfelds der Schweiz bei.

Auch China stellt eine zunehmende hybride Bedrohung dar. Die chinesische Machtprojektion umfasst militärische, politische, institutionelle, ideologische, informationelle, wirtschaftliche und technologische Instrumente. China will das gesamte System mobilisieren, um sich zur führenden wirtschaftlichen, technologischen und militärischen Grossmacht zu entwickeln. Dabei arbeitet es auf eine neue Weltordnung hin. Basierend auf der Ablehnung der westlich geprägten Ordnung, ist es mit Russland, Nordkorea und Iran enger zusammengedrückt. Die vier Staaten bilden allerdings keine Allianz. Sowohl Russland und insbesondere China, das sich nicht amerikanischen Repressalien aussetzen oder die Beziehungen zu den Golfstaaten gefährden will, haben sehr zurückhaltend auf die amerikanisch-israelischen Angriffe auf Iran reagiert. Es gibt zwischen diesen Staaten zudem Differenzen und Misstrauen. Ihre Einheit beruht insbesondere darauf, dass sie die westlich geprägte Weltordnung und die liberale Demokratie ablehnen. An deren Stelle setzen sie uneingeschränkte staatliche Souveränität



Dschihadistischer und ethnonationalistischer Terrorismus



Cyber



Proliferation



Migration



Verbotener Nachrichtendienst



Druckversuche



Bedrohung kritischer Infrastrukturen

USA



RUSSLAND



CHINA



NAHER UND MITTLERER OSTEN



SAHEL SUDAN



und eine autokratische Regierungsform. Ihre Einheit wird voraussichtlich bestehen bleiben. China, aber auch Russland versuchen zudem, die Staaten des globalen Südens für ihre eigenen Interessen zu gewinnen. Die Spannungen und Konflikte in Europa, in Afrika und Asien, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten, werden zahlreicher und stellen die Reaktionsfähigkeit der westlichen Staaten, insbesondere der USA, auf die Probe. Um Europa zieht sich von Nordafrika und die Sahelzone über den Nahen bis zum Mittleren Osten ein Krisenbogen, von dem erhebliche Auswirkungen auf die Sicherheit der Schweiz ausgehen.

Die USA verfolgen den eigenen geostrategischen und wirtschaftlichen Vorteil, auch wenn dies Spannungen mit traditionellen Verbündeten und Partnern verursacht. Europa befindet sich seit 2025 in einer besonderen Position, weil es eine Ordnung zu bewahren sucht, die auch die USA nicht mehr vollständig mittragen. Diese Ordnung hat auch der Schweiz jahrzehntelang Sicherheit und Wohlstand ermöglicht.

Machtstreben und geopolitische Konflikte erschweren es, globale und regionale sicherheitspolitische Herausforderungen kooperativ zu lösen. Globale Ordnungsprinzipien und internationale Foren sind stark gefordert, um Einfluss und Wirkung zu entfalten. Das gilt insbesondere für die internationalen Nonproliferationsregime für Massenvernichtungswaffen oder konventionelle Waffen, deren Modernisierung die rivalisierenden Grossmächte verhindern.



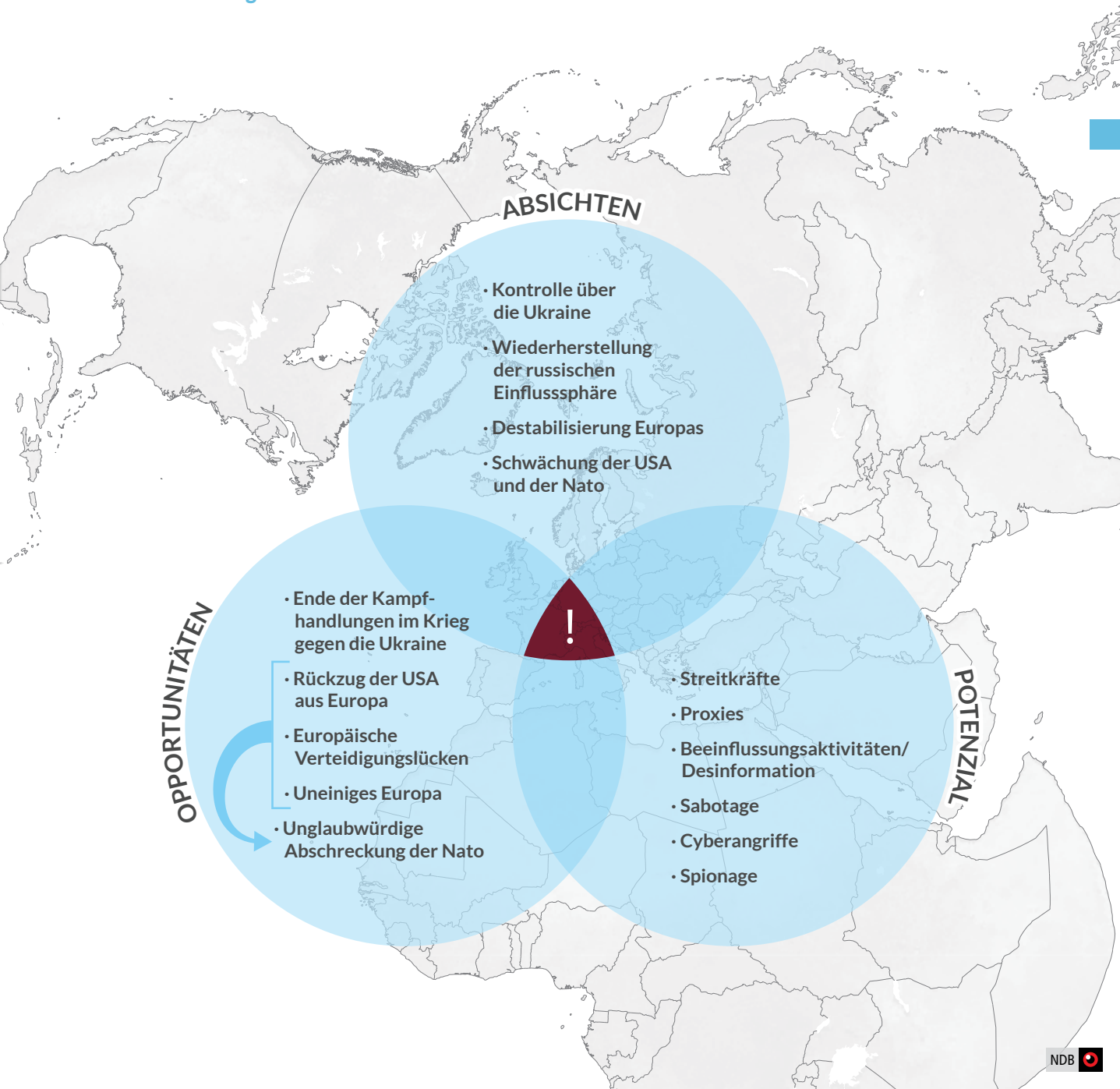
Die internationale Ordnung ist im Umbruch, in einer Übergangsphase. Es zeigen sich Konturen einer globalen Konfrontation primär zwischen den USA und China; eine Zweispährenwelt, die von strategischem Ringen um Überlegenheit geprägt wird. Die Grossmächte nutzen zunehmend Sanktionen, Exportkontrollen, Subventionen, Finanzinstrumente oder andere Druckmittel – auch gegen Drittstaaten –, um die Gegenseite von Schlüsselgütern und -technologien fernzuhalten und die eigenen Fähigkeiten zu bewahren und zu fördern. Immer mehr Sektoren und Güterkategorien können militärische und zivile Bedeutung haben und werden deshalb als kritisch oder strategisch eingestuft. Dazu gehören seltene Erden, Halbleiter, künstliche Intelligenz, Robotik, erneuerbare Energien und Quanten- oder Biotechnologie, aber auch Drohnen und allgemein Daten. Im Bereich der Verteidigung sind es etwa die satellitenunabhängige Navigation, abhörsichere Kommunikationskanäle oder das sogenannte gläserne Gefechtsfeld. Diese geoökonomische Aufrüstung hat global sicherheitspolitische Auswirkungen, weshalb Staaten die wirtschaftliche und technologische Sicherheit in ihre nationalen Sicherheitskonzepte integrieren.

Wirtschaftliche Verflechtung und Vernetzung schaffen Abhängigkeiten. Diese werden zunehmend als Druckmittel und Waffen in Konflikten eingesetzt, um politische und militärische Ziele zu erreichen. Auch nichtstaatliche Akteure nutzen Verwundbarkeiten anderer, wie zum Beispiel die Angriffe der jemeniti-

schen Huthi auf eine für den Welthandel zentrale Schifffahrtsroute zeigen. Entwicklungen im Krisenbogen an der südlichen Peripherie werden Europa weiter herausfordern. Sie schaffen Handlungsfreiheit für diverse „dem Westen“, und damit auch der Schweiz gegen-

über unfreundliche staatliche und nichtstaatliche Akteure. Europa ist bedroht, und diese Bedrohung wird sich sehr wahrscheinlich in den kommenden Jahren nicht entschärfen.

Bedrohung durch Russland



USA



Präsident Donald Trump verfolgt in seiner zweiten Amtszeit eine immer wieder disruptive Aussen- und Sicherheitspolitik. Im Vergleich mit seiner ersten Amtszeit ist der stabilisierende Einfluss traditioneller republikanischer Internationalisten im Kabinett weggefallen; der Präsident hat sich stattdessen primär mit Loyalisten umgeben.

Die Politik der USA sucht die eigenen wirtschaftlichen Vorteile, auch gegenüber traditionellen Verbündeten. Diese sollen für Sicherheitsverpflichtungen mehr bezahlen. Zugunsten eines stärkeren strategischen Fokus auf das „Homeland“ und auf die „westliche Hemisphäre“ werden strategische Rivalitäten mit Russland und China rhetorisch relativiert. Die grösste sicherheitspolitische Kehrtwende haben die USA mit dem Wunsch vollzogen, zu einer kooperativen Beziehung mit Russland zurückzukehren. Dies scheitert bisher an Präsident Wladimir Putins Festhalten an Maximalzielen im Krieg gegen die Ukraine. Präsident Trump relativiert auch immer wieder die systemische Rivalität mit China: So verkündete er bereits im Umfeld des Gipfels mit Staats- und Parteichef Xi Jinping im Herbst 2025 die Geburtsstunde einer „G2“, einer exklusiven Gruppe zweier Supermächte, die die Welt künftig beherrschen sollen. Aber auch wenn die Rhetorik gegenüber China deutlich abgeschwächt wurde, bleiben die systemische Rivalität mit China und Asien-Pazifik ein strategischer Schwerpunkt der USA. Dies geschieht hauptsächlich aus wirtschaftlichen Gründen, hat aber sicherheitspolitische Konsequenzen: So wollen die USA ihre Streitkräfte und die Autonomie ihrer militärischen Verbündeten in der Region stärken, um China

abzuschrecken. Die Abschreckung gilt vor allem militärischen Interventionen Chinas in der Region, die die Stabilität der Lieferketten in Frage stellen würden, insbesondere im Fall eines Konflikts um Taiwan.

Die amerikanische Aussen- und Sicherheitspolitik ist derzeit bemerkenswert interventionistisch, obwohl Donald Trump im Wahlkampf als Isolationist aufgetreten war, der die USA an erste Stelle setzen und aus weiteren „endlosen Kriegen“ heraushalten wollte. Unter den engsten Beratern des Präsidenten gibt es zwar unterschiedliche Denkschulen, aber die amerikanische Aussen- und Sicherheitspolitik wird zuallererst vom Präsidenten bestimmt: Sie trägt in der Praxis situativ immer wieder klar globalistische, hegemoniale und interventionistische Züge, auch wenn in strategischen Grundsatzpapieren davon abweichende Kernprinzipien hochgehalten werden und insbesondere der Irankrieg unter den „America-First“-Republikanern umstritten ist.

Gleichzeitige Krisen, Konflikte und Kriege in Lateinamerika, Europa, im Nahen und Mittleren Osten sowie in Asien-Pazifik überdehnen die Kräfte der USA zunehmend. Dazu kommt eine selbstverursachte Schwächung traditioneller Allianzen – gerade die Drohungen des amerikanischen Präsidenten gegen das Nato-Mitglied Dänemark, Grönland zu annektieren, haben das Vertrauen Europas in die USA Anfang 2026 geschwächt.

Gleichzeitige Krisen, Konflikte und Kriege überdehnen die Kräfte der USA zunehmend. Dazu kommt eine selbstverursachte Schwächung traditioneller Allianzen.



Präsident Trump wird weiter versuchen, den Krieg gegen die Ukraine zu beenden. Ob dies in den kommenden Monaten möglich ist, hängt von mehreren dynamischen Faktoren ab. Beiden Kriegsparteien müsste dazu eine Waffenruhe vorteilhafter erscheinen als die Weiterführung des Kriegs, was unter anderem von der westlichen Unterstützung für die Ukraine, der militärischen Lage an der Front und der Entwicklung der russischen Wirtschaft abhängt. Ein stabiler Waffenstillstand oder ein nachhaltiges Friedensabkommen bleiben bis Ende 2026 sehr unwahrscheinlich.

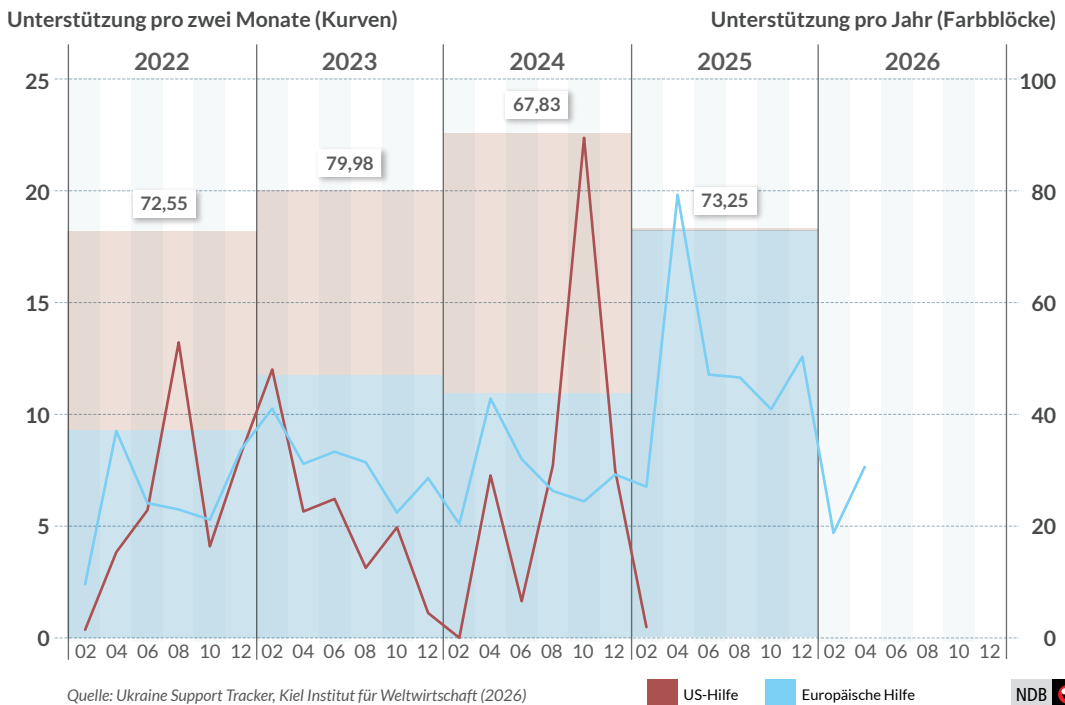
Die USA haben eine neue Lastenverteilung angestossen. Europa soll bei der Abschreckung und Verteidigung in der Nato künftig eine grössere Last tragen. Wahrscheinlich wird die amerikanische Militärpräsenz in Europa reduziert werden, voraussichtlich aber nicht abrupt und nicht signifikant. Zudem werden die USA vorderhand den nuklearen Schutzschirm über Europa aufgespannt lassen und auch ihre der-

zeit unentbehrlichen militärischen Schlüssel-fähigkeiten nicht abrupt aus Europa abziehen. Sie sind grundsätzlich auf die eigene Präsenz in Europa angewiesen, auch zur globalen militärischen Machtprojektion. Trotzdem herrscht gegenüber Europa bisweilen ein harscher, kulturkämpferischer Umgangston, weil Teile der US-Administration Europa durch die eigene innenpolitische Brille sehen. So bezeichnen sie den alten Kontinent als von zivilisatorischer Auslöschung bedroht.

Die systemische Rivalität zwischen den USA und China wird sich akzentuieren und sich vordergründig im Bereich Wirtschaft, Zollpolitik und Technologie bemerkbar machen, mit direkten Auswirkungen auf Europa und die Schweiz (siehe dazu "China: Wirtschaftliche Sicherheit" auf Seite 28). Auf militärischer Ebene werden beide Nationen weiter aufrüsten und versuchen, sich gegenseitig an Stärke und Macht zu übertrumpfen.

Amerikanische und europäische Hilfe an die Ukraine seit Januar 2022

(in Milliarden Euro)



EUROPA



Nach dem ergebnislosen amerikanisch-russischen Alaskagipfel eskalierte Russland seit Spätsommer 2025 seine hybride Konfliktführung gegen Europa. Anders als von Frühjahr bis Herbst 2024 setzte Russland vor allem auf Luftraumverletzungen seiner Kampfflugzeuge und mutmasslich auf Drohnenflüge über zivile und militärische Flughäfen. Aber es gab auch Sabotageakte (physisch und mit Cybermitteln), unter anderem gegen polnische Eisenbahn- und Energieinfrastruktur.

Die anhaltende russische Bedrohung und das Verhalten der neuen US-Administration führten dazu, dass Europa für seine eigene Verteidigung, zur Abschreckung Russlands und zur Unterstützung der Ukraine deutlich mehr Verantwortung zu übernehmen bereit ist. Eine solche transatlantische Neuverteilung der Lasten hatten die USA seit dem frühen Kalten Krieg immer wieder gefordert. Am Nato-Gipfel in Den Haag im Juni 2025 verpflichteten sich die Mitglieder auf ein neues Verteidigungsausgabenziel von fünf Prozent ihres jeweiligen Bruttoinlandsprodukts. Die Nato lancierte zudem mit Baltic Sentry, Eastern Sentry und Arctic Sentry drei neue Missionen. Seit Januar 2025 überwacht und schützt Baltic Sentry Unterseekabel in der Ostsee. Im September 2025 reagierte die Nato zudem mit Eastern Sentry auf die Serie von Luftraumverletzungen und mysteriösen Drohnenfällen über Nato-Territorium. Diese neue Mission testet die im Juli 2025 von der Nato angekündigte Eastern Flank Deterrence Line, ein vielschichtiges Sensornetzwerk zur Entdeckung und Abwehr feindlicher Mittel. Im Februar 2026 lancierte die Nato vor dem Hintergrund der territorialen Ansprüche Präsident Trumps auf Grönland Arctic Sentry, um die grössere Verantwortung europäischer Nato-Staaten im hohen Norden

zu demonstrieren. Konkret wurden Patrouillen in der Region intensiviert.

Von Januar 2022 bis Ende April 2026 hat Europa laut dem Kieler Ukraine Support Tracker insgesamt 215 Milliarden Euro für die Ukraine ausgegeben, deutlich mehr als die USA mit 115 Milliarden Euro. Dabei sind Deutschland und Grossbritannien die grössten Geber. Die Ukraine bleibt aber vor allem bezüglich Luftabwehrsystemen und nachrichtendienstlicher Informationen von den USA abhängig. Mit der sogenannten Priorisierten Bedarfsliste für die Ukraine besteht seit 2025 ein Mechanismus, mit dem Europa für amerikanische Waffen zugunsten der Ukraine bezahlt. Geliefert wurden unter anderem Patriot-Luftverteidigungssysteme und weitreichende Artilleriesysteme.

Europäische Staaten sind zusammengenommen mittlerweile die wichtigsten Unterstützer der Ukraine. Ihre Militärhilfe lag dabei 67 Prozent über dem Schnitt der Jahre 2022 bis 2024. Dennoch musste die Ukraine 2025 mit weniger internationaler Unterstützung zurechtkommen, weil die USA ihre Hilfe 2025 stark reduzierten. Die europäischen Staaten mussten zudem wiederholt auf eine sich rasch entwickelnde Dynamik hinsichtlich amerikanischer Initiativen für einen Frieden für die Ukraine reagieren. Eine Normalisierung der amerikanisch-russischen Beziehungen und ein von den USA und Russland arrangierter Friedensdeal kamen bisher jedoch nicht zustande.

Das Verhältnis zwischen Europa und China bleibt angespannt, auch wenn sich beide Seiten um stabile und konstruktive Beziehungen bemühen. Die EU sieht China nicht nur als Handelspartner, sondern auch als systemischen Rivalen. Chinas Ablehnung der westlich

geprägten Weltordnung, sein staatlich unterstütztes Wirtschaftsmodell, Marktverzerrungen, Technologietransfers und strategische Abhängigkeiten stellen Bedrohungen und Risiken für den europäischen Wettbewerb, den fairen Handel, die Sicherheit der Lieferketten und die industrielle und technologische Souveränität dar. Die EU hat 2025 ihre wirtschaftliche Sicherheitsstrategie signifikant erweitert. Sie konzentriert sich auf die Bewältigung der Risiken aus geopolitischen Veränderungen, technologische Entwicklungen und Abhängigkeiten von Drittstaaten, insbesondere von China. Auch bleibt Chinas anhaltende Unterstützung der russischen Kriegsanstrengungen ein zentraler Konfliktpunkt. Aufgrund der teilweise konfrontativen Handels- und Wirtschaftspolitik der USA, die sich mehr auf nationale Interessen konzentriert, versuchen einzelne europäische Staaten, Wirtschaftsverluste durch eine engere Kooperation mit China auszugleichen.



Die Investitionen der EU in die Verteidigung haben 2025 einen Quantensprung gemacht. Aber die wichtigste politisch-militärische Initiative der Europäer 2025 – die Planung einer europäischen Militärmission auf ukrainischem Territorium als mögliche Sicherheitsgarantie für die Ukraine – erfolgte nicht im EU-Rahmen, sondern in einem Ad-hoc-Format unter Führung des Nichtmitglieds Grossbritannien.

Der Weg zu einem im Verteidigungsbereich eigenständigen Europa bleibt also lang: Auch wenn inzwischen praktisch alle europäischen Nato-Staaten das am Bruttoinlandprodukt gemessene frühere Zweiprozentziel für Verteidigungsausgaben erreichen, bleiben Europas Verteidigung und Abschreckung von kritischen

militärischen Hochwertfähigkeiten der USA abhängig. Europäische Forschung zur Verteidigung hinkt entsprechenden Investitionen in den USA weit hinterher. Vierorts stellen sich auch Rekrutierungsprobleme.

Der fragmentierte europäische Rüstungsmarkt reduziert die Effizienz der eingeläuteten militärischen Aufrüstung. Aber der Trend für die nächsten Jahre ist klar: Europa will seine Abhängigkeit von den USA reduzieren und eine eigene militärische Abschreckungskapazität bilden. Die Harmonisierungsbemühungen im Rüstungsmarkt und der zunehmend integrative Ansatz in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik dürften sich langfristig auszahlen. Allerdings bleibt unklar, ob der derzeit stärker werdende sicherheitspolitische Zusammenhalt in Europa bestehen bleibt oder sich künftig wieder fragmentieren wird.

Die EU wird 2026 wahrscheinlich China aktiver entgegentreten und Risiken weiter minimieren wollen: Die wirtschaftliche Sicherheitsstrategie der EU umfasst Instrumente wie Investitionsprüfungen, Exportkontrollen für kritische Technologien, Antisubventionsregeln und Antidumpingzölle. Gegenläufig dazu werden sich aber einzelne europäische Staaten wirtschaftlich gegenüber China weiter öffnen. Die Schweiz sieht sich vor dieselben Entscheidungen gestellt (*siehe dazu "China: Wirtschaftliche Sicherheit" auf Seite 28*).

Der Weg zu einem im Verteidigungsbereich eigenständigen Europa bleibt lang. Europas Verteidigung und Abschreckung bleiben von kritischen militärischen Hochwertfähigkeiten der USA abhängig.

RUSSLAND



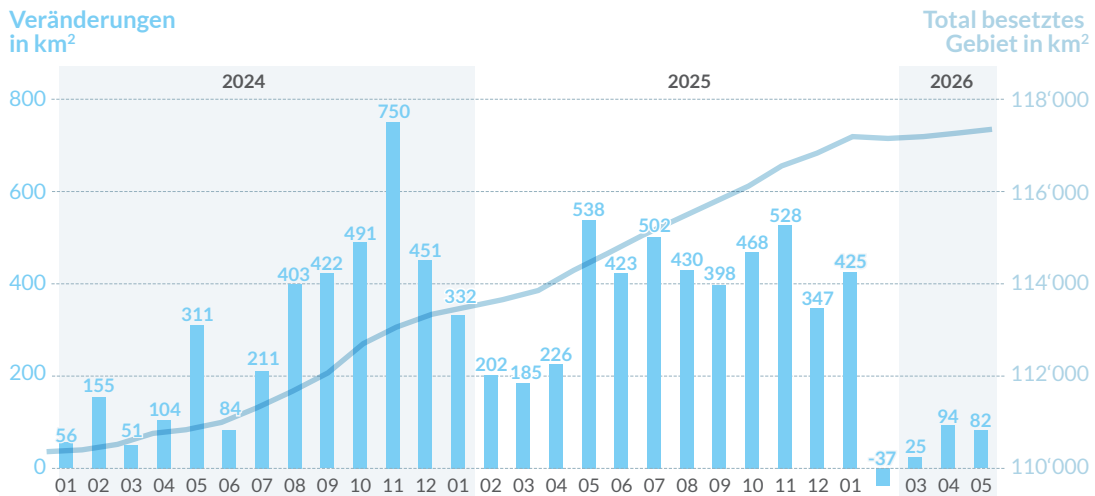
Trotz zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten erweist sich das System Putin weiterhin als stabil. Die Schlüsselpersonen bleiben ihm gegenüber loyal; viele von ihnen sind bereits über 70 Jahre alt. Präsident Putin setzt auf Stabilität und will diese Personen nicht ersetzen, erst recht nicht während des laufenden Kriegs. Die Führung baut jedoch seit mehreren Jahren eine neue Generation auf. Sie besteht zum Teil aus Kindern enger Verbündeter des Präsidenten, aber auch aus Technokraten, die diesem ihre uneingeschränkte Loyalität bewiesen haben. Die Opposition in Russland wird immer stärker unterdrückt. Flankiert wird dies von einer aggressiveren Propaganda in Medien und Bildung sowie von zunehmender Überwachung, Repression und Militarisierung der Gesellschaft.

Die wirtschaftlichen Probleme haben sich akzentuiert. Das Bruttoinlandprodukt wuchs 2025 nur noch um rund ein Prozent. Insbesondere zivile Sektoren leiden unter der hohen Inflation, den hohen Zinskosten und unter Arbeitskräftemangel. Die Staatsausgaben stie-

gen hingegen weiter. Gleichzeitig führten ein tiefer Ölpreis und neue Sanktionen dazu, dass die Einnahmen aus dem Energiesektor vergleichsweise tief ausfielen. Dies trug dazu bei, dass das föderale Budget 2025 mit einem Defizit von umgerechnet mindestens 50 Milliarden Franken, wahrscheinlich aber höher, abschloss. Die Finanzierung der Kriegsausgaben wurde jedoch sichergestellt. Die durch den Irankrieg weltweit gestiegenen Öl- und Gaspreise spülen Russland zusätzliche Einnahmen in die Staatskasse. Damit Russland sein Budgetdefizit durch die Mehreinnahmen aus dem Energiebereich finanzieren kann, müsste der Ölpreis allerdings über ein Jahr auf über hundert Dollar pro Barrel bleiben.

Russland ist der Ukraine im Krieg materiell und personell überlegen. Der ukrainische Personal-mangel führt zu Schwachstellen in der Verteidigung, diese zu Gebietsverlusten. Obwohl sich die Lage der ukrainischen Streitkräfte seit Anfang 2026 leicht verbessert hat, rücken die russischen Streitkräfte vor, wenngleich sehr langsam. Die Ukraine hat sich dafür als sehr

Monatliche russische Geländegewinne



innovativ in der Produktion und im Einsatz von Drohnen gezeigt. Sie stellt mittlerweile den grössten Teil der eingesetzten Drohnen selbst her und setzt sie erfolgreich in der Luftverteidigung, an der Front und gegen Hochwertziele auf russischem Territorium ein. Die Expertise teilt die Ukraine nicht nur mit der Nato, sondern auch mit den Golfstaaten. Die Ukraine bleibt aber auf Unterstützung aus dem Ausland angewiesen, vor allem hinsichtlich Finanzen, Luftabwehr, Artillerie und weitreichender Mittel, sowie auf nachrichtendienstliche Informationen. Diese Unterstützung war zuletzt rückläufig. Russland rekrutiert genügend neue Soldaten, um Verluste auszugleichen und neue Verbände zu alimentieren.

Russland will westliche Demokratien und die transatlantische Einheit schwächen. Seine hybride Konfliktführung gilt auch der Schweiz oder bedroht sie:

- Russland nimmt die Schweiz mit Desinformation und Propaganda direkt ins Visier. So hat der deutschsprachige Ableger des russischen Staatsmediums RT 2025 rund ein Viertel mehr Meldungen über die Schweiz verbreitet als im Jahr zuvor.
- Cyberangriffe auf Ziele im Ausland laufen auch über Schweizer Infrastruktur.
- Russland nutzt die Schweiz ferner mutmasslich logistisch und zur Vorbereitung für Sabotage- und Destabilisierungsaktionen anderswo in Europa.
- Russland versucht mit Spionage an vertrauliche Informationen von Schweizer Behörden zu gelangen.
- Russland nutzt die Schweiz zur verdeckten Beschaffung von sanktionierten Gütern und Technologien, um seine Produktionskapazität für Kriegsmaterial und Munition zu erhöhen.



Die russische Bevölkerung spürt zunehmend die Auswirkungen des Kriegs, was zu steigendem Unmut führt. Dem russischen Staat gelingt es indes mit Überwachung und Repression diesen Unmut zu verwalten und Widerstand im Keim zu ersticken. Im Hinblick auf die Wahl zur Staatsduma im September 2026 laufen Vorkehrungen, um für einen diskussionslosen Sieg der Regierungspartei Einiges Russland zu sorgen, um so auf lange Zeit Stabilität im Innern sicherzustellen.

2026 wird wirtschaftlich ein schwieriges Jahr für Russland bleiben. Die Bevölkerung wird die wirtschaftlichen Probleme zunehmend spüren. Trotzdem wird der Kreml der Kriegsfinanzierung Vorrang geben, sodass Ausgaben für Verteidigung und Sicherheit auf hohem Niveau bleiben. Die Einnahmen des Staatsbudgets aus dem Öl- und Gassektor sind über die letzten Jahre anteilmässig gesunken. Stattdessen erhöhte der Kreml die Mehrwertsteuer per Januar 2026 und setzt darauf, den wirtschaftlichen Graubereich zu regulieren. Trotz schwierigerer Wirtschaftslage gibt es bisher keine Hinweise, dass dadurch die Durchhaltefähigkeit Russlands im Krieg gegen die Ukraine beeinträchtigt wird.

Russland wird seine hybride Konfliktführung in Europa äusserst wahrscheinlich intensivieren. Dabei wäre auch kritische Schweizer Infrastruktur ein attraktives Ziel: Russland könnte sie sabotieren oder zerstören – nicht um primär der Schweiz, sondern vielmehr um EU- und Nato-Staaten zu schaden.

Russland wird die hybride Konfliktführung in Europa äusserst wahrscheinlich intensivieren. Dabei wäre auch kritische Schweizer Infrastruktur ein attraktives Ziel.

Die russischen Streitkräfte werden den Krieg gegen die Ukraine wahrscheinlich bis Ende 2026 weiterführen können, wenn auch zu einem höheren Preis für die russische Wirt-

schaft. Basierend auf dem derzeitigen Tempo der russischen Geländegewinne werden die russischen Streitkräfte noch Jahre benötigen, um den Donbass vollständig zu erobern. Es ist äusserst wahrscheinlich, dass die russischen Streitkräfte bis Ende 2026 die Initiative behalten, ein Zusammenbruch der ukrainischen Streitkräfte ist bis Ende 2026 jedoch äusserst unwahrscheinlich.

Russland kann weiterhin öffentlich auf seinen Maximalforderungen beharren, die Verhandlungen gezielt verzögern und auf die militärische Karte setzen, bis es konkrete Konzessionen oder Vorteile erwirken kann. Die langfristige Absicht der russischen Führung, die Kontrolle über die Ukraine zu gewinnen, bleibt unverändert – auch wenn sich der Kreml aus taktischen Erwägungen auf eine Waffenruhe oder einen für ihn vorteilhaften „Deal“ einlassen könnte. Die russische Führung bleibt zuversichtlich, dass sich die innenpolitische, militärische und diplomatische Lage der Ukraine weiter verschlechtern und die westliche Unterstützung der Ukraine nicht anhalten wird.

Die Position der Ukraine im „Friedensprozess“ ist von innenpolitischen Entwicklungen abhängig. Präsident Wolodimir Selenski ist durch Korruptionsskandale geschwächt. Er wird sich nur mit internationalen Sicherheitsgarantien auf territoriale Konzessionen im Donbass einlassen. Ohne Waffenstillstand mit Russland ist es unwahrscheinlich, dass in der Ukraine eine Präsidentschaftswahl oder ein Referendum über die Friedensverhandlungen stattfindet. Dies steht unter dem Vorbehalt, dass Präsident Trump den Druck auf die Ukraine so erhöht, dass sie den russischen Bedingungen nachgeben muss.

Die grundlegend unterschiedlichen Vorstellungen Russlands und der Ukraine für einen Frieden und insbesondere das Festhalten Russlands an seinen Maximalforderungen werden auch 2026 eine Lösung des Konflikts verhindern. Dies gilt zumindest so lange, wie sich die allgemeine militärische Lage nicht massgeblich für eine Seite verschlechtert. *(Zu den Konsequenzen für die Schweiz siehe die Box "Nato-Russland-Krieg in Europa bis 2030?")*

NATO-RUSSLAND-KRIEG IN EUROPA BIS 2030?

Seit 2022 warnen Sicherheitsbehörden westlicher Staaten auch öffentlich vor der Möglichkeit eines militärischen Angriffs Russlands auf die Nato. Die Nato wappnet sich für einen Angriff Russlands, der laut mehreren europäischen Nachrichtendiensten noch vor Ende des laufenden Jahrzehnts erfolgen könnte. Die Vorwarnzeiten für einen Krieg in Europa haben sich wesentlich verkürzt, auch für die Schweiz: Waren es früher mindestens zehn, sind es nun ein paar wenige Jahre. Umso wichtiger ist es, die Möglichkeiten Russlands in Europa zu minimieren – auch in der Schweiz.

Die Antwort auf die Frage, bis wann Europa gegen Russland verteidigungsfähig sein muss, kann nicht mit einer Jahreszahl festgeschrieben werden, da viele Variablen und Unabwägbarkeiten berücksichtigt werden müssen. Dazu gehören der weitere Verlauf des Kriegs gegen die Ukraine und die Haltung der USA zur Nato:

- Russland sammelt in der Ukraine wertvolle Kriegserfahrung. Sein Militärpotenzial bleibt jedoch vorderhand massgeblich im Krieg gegen die Ukraine absorbiert. Erst bei Kriegsende könnte die Rekonstitution der russischen Streitkräfte beschleunigt werden, inklusive ihres stark ausgedünnten Offizierskorps. Russland entwickelt zudem Strategien, um die eigenen Rüstungsanstrengungen mit westlichen Gütern und Technologien zu fördern.
- Die USA haben ihre Präsenz in Europa weder signifikant noch abrupt heruntergefahren, mittlerweile jedoch Veränderungen angekündigt. Fraglich bleibt, wie zuverlässig ihre Sicherheitszusagen sind, wie stabil die EU innen- und sicherheitspolitisch ist und wie lange Schlüsselstaaten wie Frankreich und Deutschland ihren Kurs pro Ukraine

und pro Nato beibehalten werden. Russland zielt mit seinen hybriden Angriffen darauf, westliche Gesellschaften zu spalten, um deren politische Kohäsion und Entscheidungsfähigkeit zu schwächen.

Die innenpolitische Geschlossenheit Europas, der USA und der Nato sind neben den derzeit noch in der Ukraine gebundenen Kapazitäten Russlands wichtige Variablen, um die Wahrscheinlichkeit eines Kriegs zwischen Russland und der Nato zu beurteilen. Wichtig dabei ist aber auch, für wie glaubwürdig der russische Präsident Putin und sein Machtzirkel die Abschreckung und Verteidigung der Nato halten.

Solange Russlands Streitkräfte in der Ukraine absorbiert und die USA in der Verteidigung Europas präsent bleiben, gelten folgende Eintretenswahrscheinlichkeiten:

- Die weitere Intensivierung der hybriden Konfliktführung Russlands in Europa ist äusserst wahrscheinlich, auch um Artikel 5 des Nato-Vertrags zu testen. Eine Eskalation kann jederzeit und schnell erfolgen. **Eine Eskalation kann jederzeit und schnell erfolgen.**
- Ein militärischer Angriff Russlands auf einen europäischen Staat ist sehr unwahrscheinlich.
- Ein umfassender Krieg zwischen Russland und der Nato ist äusserst unwahrscheinlich.

CHINA



Mit dem 15. Fünfjahresplan zielt China auf langfristiges Wirtschaftswachstum und technologische Dominanz durch Innovation und Kontrolle kritischer Lieferketten. Gleichzeitig sollen das Militär modernisiert und die militärisch-zivile Fusion weiter vertieft werden. China weitet seinen Einfluss global aus. China will so die Machtverhältnisse zu seinen Gunsten wenden und rivalisiert dabei hauptsächlich mit den USA. Diese Ambitionen, der Grossmächte Wettbewerb und die damit einhergehende Aufrüstung wirtschaftlicher Instrumente zum Druckmittel und zur Waffe beschleunigen die geoökonomische Fragmentierung. Sie alle führen zu Bedrohungen und Risiken für die wirtschaftliche Sicherheit, auch für die Schweiz.

2025 hat China wie nie zuvor westliche Abhängigkeiten als Mittel genutzt, um Gegendruck auszuüben, zum Beispiel als Reaktion auf amerikanische Handelszölle. Bis im Oktober 2025 hatte China die Ausfuhr von 12 der insgesamt 17 seltenen Erden eingeschränkt, was zu Versorgungsstörungen führte. Es lockt zudem mit einer neuen Weltordnung und versucht, die Staaten des globalen Südens dafür zu gewinnen.

China hat Russland zu seinem ersten politischen Partner gemacht. Es spielt eine Schlüsselrolle bei der Fortsetzung des Kriegs gegen die Ukraine, indem es Russland

China lockt mit einer neuen Weltordnung. Es hat Russland zu seinem ersten politischen Partner gemacht.

Öl und Gas abkauft. Zudem verkauft China Russland Dual-use-Güter und unterstützt so de facto das militärische Vorgehen Russlands, auch wenn es sich gegen diesen Vorwurf verwahrt. Auch aus China werden in der Schweiz erworbene Güter, zum Beispiel Werkzeugmaschinen, nach Russland exportiert, oder diese werden vor Ort zur Produktion zugunsten

Russlands genutzt. Insbesondere wegen der politischen Bedeutung seiner Partnerschaft mit Russland will China nicht, dass Russland durch eine Niederlage gegen die Ukraine geschwächt wird. Eine solche Niederlage würde die strategische Machtverteilung zuungunsten Chinas verschieben. Mit dem Zerfall staatlicher Macht in Russland entstünde zudem ein markantes Sicherheitsrisiko an der eigenen Grenze.

In Asien-Pazifik ist Chinas Aufstieg zur Weltmacht am deutlichsten zu sehen. Hier kombiniert es die auch in anderen Teilen der Welt eingesetzten wirtschaftlichen und diplomatischen Instrumente zunehmend mit militärischen und paramilitärischen Mitteln. Die Modernisierung und der Ausbau der chinesischen Streitkräfte gehen voran. Geschätzte zwölf Prozent der weltweiten Militärausgaben werden inzwischen von China getätigt. Die von China verursachten hohen Spannungen im Süd- und Ostchinesischen Meer und um Taiwan wachsen weiter. China verletzt mit seinen teils aggressiven militärischen Aktivitäten regelmässig internationales Recht und bedrängt seine Nachbarn, um die eigenen territorialen Ansprüche durchzusetzen.

Die USA versuchen, ein Gegengewicht zur chinesischen Machtprojektion im Asien-Pazifik zu bilden. Sie versuchen grundsätzlich auch, ihre Allianzen in der Region zu stärken. Die Staaten in der Region sind zum Teil jedoch nicht sicher, was die Haltung der Trump-Administration in Asien-Pazifik und gegenüber China ist. Ihnen gelingt es auch nicht, sich gegen China zusammenzuschliessen. Vielmehr verfolgen viele Staaten der Region zunehmend pragmatische, auf eigenen nationalen Interessen basierende Ansätze, ohne sich dabei klar als Partner Chinas oder der USA zu positionieren.



China wird seine Ambitionen weiterverfolgen. Dies wird die systemische Rivalität mit den USA verstetigen.

In Europa wird China weiterhin Russland politisch, wirtschaftlich und mit Dual-use-Gütern unterstützen. Es profitiert aber auch von den Machtverhältnissen und zahlt Russland für Öl und Gas nur tiefe Preise. Russland ist eine Trumpfkarte Chinas auf dem Weg zu einer neuen Weltordnung. China wird bemüht bleiben, die Staaten des globalen Südens aus dem Einflussbereich der USA zu lösen beziehungsweise davon fernzuhalten. Gleichzeitig versucht es gegenüber diesen Staaten eine Führungsrolle zu spielen, ohne sich zu stark zu exponieren.

China unter Xi Jinping wird seinen Einfluss in Asien-Pazifik weiter ausbauen und versuchen, den Einfluss der USA in der Region zurückzudrängen. Es wird über Investitionen bestehende Abhängigkeiten vergrößern. Es präsentiert sich als verlässlicher Partner und nutzt die Unsicherheiten, die die USA etwa

mit ihrer Zollpolitik, der Einstellung der Entwicklungshilfe oder der rigorosen Reorientierung der Sicherheitspolitik verursachen. Es wird sich auch politisch einmischen, um in der Region Regierungen zu beeinflussen und Kritik zu unterdrücken.

Diese Politik geht Hand in Hand mit dem weiteren Ausbau der Volksbefreiungsarmee. Bis 2049 will China weltweit die grösste Militärmacht werden. Die Entmachtung von Kadern dürfte die Volksbefreiungsarmee allerdings zumindest vorübergehend schwächen. Dennoch werden die militärischen Aktivitäten Chinas in Asien-Pazifik zunehmen. Die Eingliederung Taiwans bleibt die Priorität. China wird aber wahrscheinlich noch nicht auf eine Entscheidung drängen, weil ihm derzeit die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Risiken zu hoch sind. Die Eskalationsrisiken bleiben gleichwohl erheblich. Die erratische Aussen- und Sicherheitspolitik der USA bleibt auch für China eine Herausforderung.

CHINA: WIRTSCHAFTLICHE SICHERHEIT



Wirtschaftliche und technologische Sicherheit gehören mittlerweile zum nationalen Sicherheitskonzept vieler Staaten. Sie wollen ihre wirtschaftliche Verwundbarkeit reduzieren und ihre Resilienz stärken, insbesondere gegenüber China.

Die Schweiz ist wie andere Staaten stark von chinesischen Lieferketten abhängig. China subventioniert und bevorzugt die eigenen Unternehmen. Es ist führender Produzent wichtiger Technologien und dominiert die Produktion und Verarbeitung kritischer Rohstoffe. So kontrolliert es etwa 80 bis 90 Prozent der weltweiten Produktion seltener Erden. Seit 2025 führen neue chinesische Exportkontrollmechanismen zu Unsicherheiten und Lieferverzögerungen, auf Dauer ist die Versorgungssicherheit für wichtige Produkte infrage gestellt. China verlangt zur Exportfreigabe seltener Erden die detaillierte Offenlegung des Verwendungszwecks. Mit diesen Angaben kann es Abhängigkeiten identifizieren. Es könnte diese Erkenntnisse für Straf- oder Druckmassnahmen gezielt ausnutzen.

Handkehrum ist China in einigen Bereichen von Europa abhängig. Europäische Unternehmen liefern wichtige fortschrittliche Materialien, Chemikalien und Spitzentechnologien. Zu diesen gehören insbesondere Luft- und Raumfahrttechnologie, Präzisionsmaschinen sowie Ausrüstung zur Herstellung von Halbleitern. Dazu kommen Investitionen und technologisches Know-how. Die Exportorientierung seiner Wirtschaft macht China gegenüber der europäischen Handelspolitik vulnerabel. Diese limitierten Abhängigkeiten und wahrscheinlich auch die amerikanische Zollpolitik haben 2025 zu relativ stabilen europäisch-chinesischen Beziehungen geführt.

China ist an Schweizer Forschungs- und Entwicklungsergebnissen interessiert. Um Technologietransfers ins eigene Land zu ermöglichen, investiert China in innovative Unternehmen, rekrutiert Talente und fördert die Zusammenarbeit mit westlichen wissenschaftlichen Institutionen, etwa indem es Forschungs- und Studienstipendien finanziert. Technologietransfer erfolgt aber auch durch Spionage. Sicherheitspolitisch sind besonders Dual-use-Güter relevant.



Die Spannungen zwischen China und Europa sind strukturell und damit von

Dauer. China wird mit dem 15. Fünfjahresplan seine Ziele nicht ändern.

Die Spannungen zwischen China und Europa sind strukturell und damit von Dauer.

Es wird das Ausland weiterhin als wesentlichen Faktor zur Unterstützung der Modernisierung von Wirtschaft und Armee und zum Ausbau internationaler Einflussmöglichkeiten nutzen wollen. China wird seine Dominanz bei strategisch wichtigen Gütern und Rohstoffen ausbauen. Durch seine industriellen Überkapazitäten werden wie bislang Güter auf den europäischen Markt gespült und die industrielle Basis Europas unter Druck gesetzt.

Überdies bleiben die europäische wie die Schweizer Wirtschaftssicherheit von den Beziehungen zwischen den USA und China abhängig: Zum einen, weil chinesische Entscheide zwar prioritär auf die USA zielen, aber Auswirkungen auch auf Europa haben. Zum anderen werden die USA sehr wahrscheinlich weiterhin die europäischen Staaten drängen, die Zusammenarbeit mit als problematisch eingestuften Akteuren, insbesondere chinesischen Unternehmen, zu verringern.

Der NDB betreibt seit 2024 mit dem „Kompass VBS“ eine Crowdsourcing-Plattform. Sie dient der sicherheitspolitischen Früh-erkennung und Bewertung relevanter Entwicklungen. Sie steht allen Mitarbeitenden der Bundesverwaltung offen. Dies erlaubt es, die kognitive Diversität, die Perspektivenvielfalt und das Wissen der Bundesverwaltung zu nutzen. Empirische Studien haben die Wirksamkeit eines solchen Ansatzes mehrmals bestätigt. Die Prognosen von Kompass VBS werden

automatisiert grafisch aufbereitet und teilweise mit KI ausgewertet. So fasst KI die Begründungen zusammen, die die User für ihre Prognose anführen.

Errichtet China im kommenden Jahr eine Blockade Taiwans? Die Kompass-User hielten dies im Mai 2026 für unwahrscheinlich. Die wirtschaftlichen und politischen Kosten halten in ihren Augen China von einem solchen Schritt ab.

Kommt es bis zum 31.03.2027 zu einer Blockade Taiwans durch die Volksrepublik China?

START 21. Apr. 2026 08:00
ENDE 31. Mrz. 2027 23:59 (in 10 Monaten)

CHALLENGES: Kompass VBS - Armed Conflict, Kompass VBS
TAGS: China, Streitkräfte
SAISONS: Saison 2026, Saison 2027

Zusammenfassung der aktuellen Begründung

Dies ist eine KI-generierte Zusammenfassung der von den Prognostikern in dieser Frage gemachten Begründungen und kann Fehler oder Ungenauigkeiten enthalten. Bitte verwende sie mit Bedacht und überprüfe wichtige Details unabhängig.

Zuletzt aktualisiert 01.06.26 14:04

Argumente dafür, warum das Ereignis eintreten wird:

- Einige Prognostiker argumentieren, dass eine Blockade ein strategischer Schritt für China wäre, um Druck auf Taiwan und andere internationale Mächte auszuüben, ohne eine direkte Invasion vorzunehmen.
- Das geopolitische Klima, einschließlich internationaler Konflikte und Machtverhältnisse, könnte China dazu ermutigen, eine Blockade als Mittel zur Durchsetzung ihrer Dominanz in Betracht zu ziehen.

Argumente dafür, warum das Ereignis nicht eintreten wird:

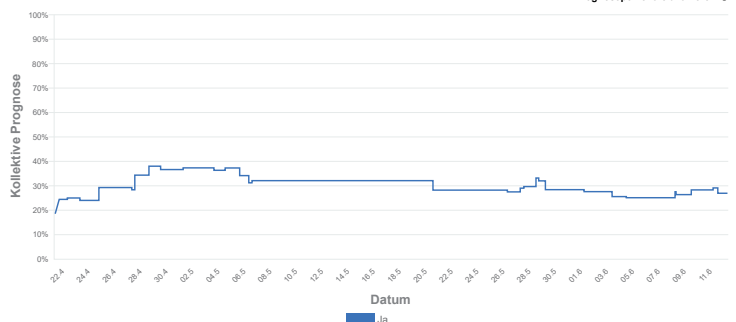
- Prognostiker heben die erheblichen wirtschaftlichen und geopolitischen Risiken her von einem solchen Vorgehen abhalten könnten.
- Die aktuellen strategischen Interessen Chinas und die globale Vernetzung machen

Während eine Minderheit von Prognostikern eine Blockade durch China aus strategische dies aufgrund erheblicher wirtschaftlicher und geopolitischer Konsequenzen als unwahrscheinlich

Konsensentwicklung

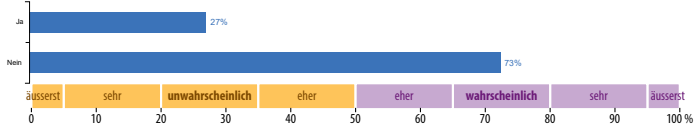
Klicke auf einen beliebigen Punkt im Diagramm, um die Verteilung der Prognosen zu diesem Zeitpunkt anzuzeigen.

Prognoseperzentile aktivieren



Derzeitige kollektive Prognose

DIAGRAMM TABELLE



NAHER UND MITTLERER OSTEN



Ungelöste Konflikte prägen weiterhin die Lage im Nahen und Mittleren Osten. Im Zentrum steht dabei die Auseinandersetzung zwischen Israel und den USA auf der einen Seite und Iran und seinen regionalen Proxies und Verbündeten auf der anderen. Diese wird auf verschiedenen Schauplätzen ausgetragen.

Die USA haben in ihrer nationalen Sicherheitsstrategie 2025 deklariert, sich künftig weniger auf den Nahen und Mittleren Osten konzentrieren zu wollen. Dennoch hat sich Präsident Trump im Februar 2026 für einen grossangelegten militärischen Angriff auf Iran entschieden, gemeinsam mit Israel. Mit dem Angriff wollten die USA und Israel minimal die iranischen Fähigkeiten zur regionalen Machtprojektion einschränken. Maximal geht es darum, die Voraussetzungen für einen Regimewechsel zu schaffen.

Die iranische Führung reagierte stark eskalierend. Sie liess Ziele in über einem Dutzend Staaten angreifen und erwirkte faktisch die Schliessung der Strasse von Hormus. Die Beteiligung von Akteuren der iranisch geführten sogenannten Achse des Widerstands trug zur weiteren Regionalisierung des Konflikts bei. Israel reagierte auf den wiederholten Angriff der Hisbollah, indem es seine Grossoffensive im Libanon wieder aufnahm. Ziel bleibt die Zerschlagung der Hisbollah.

Russland profitiert durch die gestiegenen Energiepreise und die Lockerung von Sanktionen im Ölsektor zwar kurzfristig vom Irankrieg. Obwohl es seit 2025 über ein strategisches Partnerschaftsabkommen mit Iran verbunden ist, blieb seine politische und militärische Unterstützung für Iran begrenzt. China sieht seine Interessen gefährdet, wird seine Unterstützung aber so bemessen, dass es eine Verschlechterung der bilateralen Beziehungen mit den USA und den Golfstaaten vermeiden kann.

In Gaza haben die USA im Januar 2026 den Start der zweiten Phase des Trump-Plans und die Ernennung des sogenannten Friedensrats sowie der weiteren Gremien für die künftige Verwaltung des Gazastreifens bekanntgegeben. Die Umsetzung geht jedoch nur sehr langsam voran. Trotz Schwächung und Isolation bleibt die Hamas die stärkste palästinensische Kraft im Gazastreifen.

Dass die USA der wirkmächtigste externe Akteur in der Region bleiben, zeigt sich auch in Syrien. Sie unterstützen die Übergangsregierung unter Ahmed al-Scharaa, auch gegenüber ihren langjährigen kurdischen Verbündeten. Obwohl die Übergangsregierung inzwischen über eine breite internationale Anerkennung und Legitimität verfügt, wird ihr Machtanspruch innersyrisch weiterhin herausgefordert.

Regimestabilität in Iran umfasst mehrere Ebenen





Der Irankrieg und sein Ausgang werden für die Region in den nächsten Jahren prägend sein. Von grosser Bedeutung ist insbesondere die Zukunft der iranischen Führung. Sie muss nicht nur der militärischen Bedrohung durch die USA und Israel begegnen, sondern auch die Kontrolle der eigenen Bevölkerung sicherstellen. Die blutige Niederschlagung der Proteste im Januar 2026 hat den Legitimitätsverlust des Regimes beschleunigt. Entscheidend wird sein, wie sich die iranische Führung nach dem Ende des Kriegs zusammensetzen wird. Der langjährige Oberste Führer Ali Khamenei sowie zahlreiche führende politische und militärische Exponenten des Regimes sind tot. Wahrscheinlich ist, dass die Macht und der Einfluss der Revolutionsgarden als zentrale Stütze des Systems weiter zunehmen werden. Dieses hat sich im Irankrieg zwar als resilient gezeigt, sein Fortbestand ist jedoch nicht nachhaltig gesichert. Oberstes Ziel der Führung wird es bleiben, den eigenen Fortbestand zu sichern. Dabei wird sich ihr zwangsläufig die Frage stellen, ob sie eine nukleare

und politisch isolierte Hisbollah im Libanon. Dabei wird Israel sehr wahrscheinlich auch in Zukunft in erster Linie auf seine militärische Stärke setzen. Mit einer weitgehenden Unterstützung der USA kann Israel sehr wahrscheinlich rechnen, solange Präsident Trump im Amt ist. Da Israel von den USA militärisch, politisch und wirtschaftlich abhängig ist, können die USA Israel aber auch Grenzen setzen. Beim Krieg in Gaza hat Präsident Trump seine Bereitschaft dazu gezeigt.

Für die Golfstaaten stellt der Flächenbrand im Nahen und Mittleren Osten eine grosse Herausforderung dar. Der Krieg unterminiert ihr Geschäftsmodell, das regionale Stabilität voraussetzt. Statt sich auf ihre wirtschaftliche Entwicklung konzentrieren zu können, müssen sie sich damit auseinandersetzen, wie sie künftig mit Iran und der von ihm ausgehenden Bedrohung umgehen wollen. Sie werden sehr wahrscheinlich an der engen Bindung zu den USA unter Präsident Trump festhalten. Sehr wahrscheinlich ist, dass die Golfstaaten ihre eigenen defensiven Kapazitäten stärken werden, was zu einer weiteren Verknappung von weltweit raren militärischen Gütern insbesondere im Bereich der Luftverteidigung und Drohnenabwehr führen wird. Eine rasche Fortsetzung des Prozesses zur Normalisierung der Beziehungen der Golfstaaten mit Israel ist mit Ausnahme der heutigen Mitglieder der sogenannten Abraham Accords unwahrscheinlich, da Israel vielerorts als destabilisierende Macht in der Region wahrgenommen wird und bei seiner Politik gegenüber den Palästinensern keine Konzessionsbereitschaft erkennen lässt.

Bei einer Weiterführung des Lenkwaffenprogramms wäre in wenigen Jahren damit zu rechnen, dass grössere Flächen Europas, einschliesslich der dortigen US-Stützpunkte, in Reichweite iranischer Waffensysteme liegen.

Bei einer Weiterführung des Lenkwaffenprogramms wäre in wenigen Jahren damit zu rechnen, dass grössere Flächen Europas, einschliesslich der dortigen US-Stützpunkte, in Reichweite iranischer Waffensysteme liegen.

Israel wird sein strategisches Ziel eines Regimewechsels in Iran weiterverfolgen und versuchen, die Achse des Widerstands weiter zu schwächen, darunter insbesondere auch die militärisch bereits stark zurückgebundene

Nach dem vorläufigen Ende des Kriegs in Gaza hängt dessen Zukunft massgeblich vom Engagement der USA sowie der Konzessionsbereitschaft der Hamas bezüglich ihrer Entwaffnung ab. Im Fall eines Scheiterns ist

absehbar, dass Israel Teile des Gazastreifens dauerhaft besetzt halten und sich die Zerteilung des Gazastreifens verstetigen wird. Eskalationspotenzial hat auch die Situation im Westjordanland, wo sich die Lebensumstände der palästinensischen Bevölkerung weiter verschlechtern und die israelische Kontrolle hin zur Annexion ausgebaut wird. Eine Trendwende ist sehr unwahrscheinlich.

Der Transitionsprozess in Syrien bleibt fragil. Nebst internationaler Unterstützung ist entscheidend, ob der Übergangsregierung ein Ausgleich mit den Minderheiten im Land gelingt. Sollte der Aufbau einer neuen Staatlichkeit scheitern, droht eine weitere Fragmentierung Syriens oder sogar ein neuer Bürgerkrieg. Terroristische Akteure versuchen, die sich bietenden Freiräume zu nutzen.

AFRIKA



Terrorismus, Bürgerkriege und instabile Regierungen fordern Afrika sicherheitspolitisch heraus; Terrorismus bleibt die grösste sicherheitspolitische Bedrohung. Sie geht insbesondere von dschihadistischen Gruppierungen wie der mit der al-Qaida affilierten Jamaat Nusrat al-Islam wal-Muslimin und den Provinzen des „Islamischen Staats“ aus. Ihre Expansionsbestrebungen setzen verschiedene Staaten zunehmend unter Druck. Aus europäischer Sicht steht derzeit die Bedrohung der eigenen Staatsangehörigen vor Ort im Vordergrund, weil wiederholte Aufrufe des „Islamischen Staats“, sich nach Afrika zu begeben oder ersatzweise Anschläge im Heimatland zu verüben, keinen Widerhall finden.

Die Grossmächterivalität in Afrika intensiviert sich, erkennbar an wirtschaftlichen Investitionen, militärischer Präsenz, diplomatischen Initiativen und technologischer Einflussnahme. Die USA verstärken ihre Präsenz, um der wachsenden Einflussnahme Chinas und Russlands zu begegnen. Sie kündeten umfangreiche wirtschaftliche und militärische Unterstützung an. So gewährt der African Growth and Opportunity Act afrikanischen Ländern bevorzugten Zugang zum amerikanischen Markt. Auch China baut seine Präsenz weiter aus, insbesondere mit Infrastrukturprojekten.

Zudem schloss es umfangreiche Handels- und Investitionsabkommen mit mehreren afrikanischen Staaten. Russland plante, mit einer Militärbasis im Sudan, die als strategischer Stützpunkt für Operationen in der Region dienen soll, seine militärische Präsenz in Afrika zu erweitern. Ende 2025 wurde das Projekt dieses Marinestützpunkts jedoch „temporär suspendiert“. Mit Staaten wie Südafrika, Ägypten und Nigeria unterhält Russland enge Beziehungen. In der Sahelzone haben Militärjuntas nach einem Putsch die westliche Militärpräsenz durch russische Truppen und westliche Bergbauunternehmen durch russische oder chinesische Unternehmen ersetzt.

Zahlreiche afrikanische Staaten leiden unter politischer Instabilität, wenn nicht sogar unter einem Bürgerkrieg. Konflikte im Sudan, in der Demokratischen Republik Kongo und der Zentralafrikanischen Republik führten zu humanitären Krisen und Vertreibungen. Diese Konflikte können zur weiteren Destabilisierung afrikanischer Regionen führen, Terrorgruppierungen und kriminellen Netzwerken Vorschub leisten und zu einer Zunahme der Migration nach Europa beitragen. Hier spielen auch die Entwicklungen in nordafrikanischen Staaten wie Libyen, Algerien oder Marokko eine wichtige Rolle.



Afrikas Bevölkerung wird sich von 2020 bis 2050 auf zwei Milliarden Menschen verdoppeln. Neben Terrorismus und Konflikten stellen der fortschreitende Klimawandel und damit verbunden Umweltkatastrophen eine wachsende Gefahr dar. Dürren und Überschwemmungen führen zu Ernährungsunsicherheit, Wassermangel und Vertreibungen. Extreme Wetterereignisse können zu sozialen Unruhen und Konflikten beitragen.

Afrika bleibt ein wichtiger Schauplatz globaler Machtpolitik. Die Grossmächte und aufstrebende Regionalmächte vertreten ihre Interessen in der Region durch wirtschaftliche, diplomatische und militärische Initiativen. In den nächsten Jahren könnte China Interesse an Militärbasen in Tansania, Madagaskar und womöglich in Äquatorial-Guinea an der Atlantikküste zeigen. Russland zielt auf einen Ausbau seiner militärischen Präsenz. Die Türkei hat Truppen nach Somalia und Libyen entsandt. „Blockfreiheit“ hat sich aber in der Regel

Afrika bleibt ein wichtiger Schauplatz globaler Machtpolitik.

auf dem Kontinent wieder als bevorzugte Strategie herauskristallisiert, die es ermöglicht, Abhängigkeiten zu vermeiden und zwischen den Mächten um wirtschaftliche Hilfe und politische Zugeständnisse zu buhlen.

Mit der zunehmenden Digitalisierung nehmen auch in Afrika die Cyberbedrohungen zu. Cyberangriffe können kritische Infrastrukturen

wie Energieversorgung und Kommunikation beeinträchtigen. Auch Drohnenproliferation ist ein Trend, der Konflikte zu eskalieren und Afrika weiter zu destabilisieren droht. Wegen mangelnder Infrastruktur und begrenzter Ressourcen ist Afrika besonders anfällig für Gesundheitsrisiken. Die bereits erwähnten Faktoren wie die Auswirkungen des Klimawandels, Hungersnöte, Zunahme der Binnenvertriebenen, Konflikte um Rohstoffe und gegen Europa gerichtete Desinformationskampagnen externer Akteure verschärfen die Sicherheitslage in verschiedenen afrikanischen Staaten zusätzlich. Davon werden die Terrororganisationen profitieren und sich territorial auszubreiten und die staatlichen Institutionen zu verdrängen versuchen.

Diese Entwicklungen und Trends in Afrika stellen keine unmittelbare Bedrohung für die Schweiz dar, haben aber über die Zeit Einfluss auf das sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz. Sie werfen erste Schatten auf Europa und könnten sich in den nächsten Jahrzehnten zu ernststen Bedrohungen entwickeln.

Wahrscheinlichkeitskala

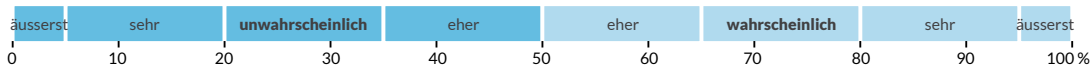




Abbildung 3

TERRORISMUS



TERRORBEDROHUNG IN DER SCHWEIZ UND IN EUROPA



Die Terrorbedrohung in der Schweiz ist erhöht, das heisst, es liegen Hinweise auf terroristische Akteure in der Schweiz und/oder terroristische Absichten gegen die Schweiz vor. Die Bedrohung wird weiterhin primär von der dschihadistischen Bewegung geprägt, vor allem durch Personen, die mit dem „Islamischen Staat“ sympathisieren oder von Dschihadpropaganda inspiriert werden. Der Messerangriff vom 28. Mai 2026 in Winterthur, der von einer dschihadistisch radikalisierten Person verübt worden ist, bestätigt diese Einschätzung.

Das Phänomen der Online-Radikalisierung ist in der Schweiz wie in ganz Europa vorherrschend. Weiterhin geraten insbesondere Jugendliche im Cyberraum in den Sog gewalttätiger extremistischer Strömungen. Gleichzeitig ist der Einfluss gewalttätiger extremistischer Gruppierungen und ihrer

Weiterhin geraten insbesondere Jugendliche im Cyberraum in den Sog gewalttätiger extremistischer Strömungen.

Ideologien immer seltener der vorrangige Treiber im Bereich der Online-Radikalisierung. Weitere Ursachen finden sich etwa auch in der weit verbreiteten Gewaltfaszination sowie in krisenhaften persönlichen Entwicklungen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die sich speziell auf Jugendliche auswirken. Nichtsdestotrotz können entsprechende Radikalisierungsprozesse in dschihadistisch inspirierte Gewaltakte münden.

Im Bereich Dschihadismus ist in der Schweiz und in Europa weiterhin die Propaganda des „Islamischen Staats“ massgebend. Allerdings wird der überwiegende Teil dschihadistischer Inhalte, die im Cyberraum zirkulieren, nicht mehr von zentralen Medienorganen des „Islamischen Staats“ generiert, sondern von dezentral und autonom agierenden Personen

oder Kleingruppen, die mit dem „Islamischen Staat“ sympathisieren.

Seit Mitte Mai 2025 hat der NDB europaweit zwölf Anschläge im Bereich dschihadistischer Terrorismus registriert. Angegriffen wurden meistens zufällig anwesende Passanten oder Menschenmengen. Alle Anschläge wurden ausnahmslos mit einfachsten Mitteln verübt. Die meisten Täter waren den Sicherheitsbehörden vor ihrer Tat nicht bekannt. Alle Täter handelten autonom und ohne direkten Bezug zum „Islamischen Staat“ oder zu einer anderen dschihadistischen Terrororganisation. Zu keinem dieser Anschläge hat sich eine dschihadistische Gruppierung bekannt.

Der Nahostkonflikt stellt auch nach dem terroristischen Grossangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 bei dschihadistisch radikalisierten Personen in der Schweiz und in Europa kein Leitmotiv dar. Er befeuert aber antisemitische Aktionen, die im Ausland vereinzelt auch in dschihadistische Gewaltakte mündeten – so am 2. Oktober 2025 beim Anschlag auf eine jüdische Gemeinde in Manchester (Grossbritannien) und am 14. Dezember 2025 auf eine Chanukka-Feier in Sydney (Australien). Der Nahostkonflikt führte europaweit etliche Male dazu, dass Anschlagsabsichten geäussert wurden; mehrmals wurden Anschlagsplanungen gegen jüdische oder israelische Ziele vereitelt. Sowohl der „Islamische Staat“ wie auch die al-Qaida riefen im Kontext des Nahostkonflikts wiederholt zu Anschlägen auf jüdische und israelische Ziele auf: So etwa der „Islamische Staat“, der am 18. September 2025 spezifisch jugendliche Anhänger explizit zu Anschlägen auf jüdische und christliche Ziele in Europa aufforderte. Der jüngste Aufruf des „Islamischen Staats“ zu Anschlägen auf jüdische Ziele erfolgte am 2. April 2026.

Seit 2022 nehmen Dschihadreisen von Personen aus Europa wieder leicht zu. Europaweit wurden mehrere Dutzend Fälle festgestellt, die sich in Afrika, Nahost oder Asien einer Gruppierung des „Islamischen Staats“ anschliessen wollten. Meistens scheiterten sie allerdings an schwierigen Rahmenbedingungen oder am Eingreifen der Sicherheitsbehörden. In der Schweiz war dies letztmals im Juli 2024 der Fall, als ein 21-jähriger Schweizer verhaftet wurde, der die Absicht hegte, sich dem „Islamischen Staat“ in Somalia anzuschliessen. Mittlerweile befinden sich Dutzende Personen aus Europa, die sich seit 2014 als Dschihadreisende dem „Islamischen Staat“ in Syrien und im Irak angeschlossen haben, nicht mehr in kurdischen Lagern und Gefängnissen in Nordostsyrien, sondern in staatlichem Gewahrsam im Irak. Darunter sind drei Schweizer Staatsangehörige. Eine Schweizerin befindet sich weiterhin mit ihrer Tochter in einem kurdischen Lager in Nordostsyrien.



Das Phänomen der dschihadistischen Online-Radikalisierung wird die Terrorbedrohung in der Schweiz weiter prägen. Die Bedrohung bleibt vor allem im Cyberraum diffus, da bei Verdachtspersonen zusehends Gewaltfaszination oder persönliche beziehungsweise psychische Probleme zentrale Treiber werden, während ideologische Beweggründe weniger wichtig sind. Zudem ist es insbesondere bei Äusserungen von Jugendlichen im Cyberraum schwierig, den Ernst von Gewaltandrohungen zu bewerten. Ferner erweist sich in Europa bei Gewaltakten ein terroristischer Anfangsverdacht immer öfter als falsch beziehungsweise erweisen sich die Motive als nicht eindeutig dschihadistisch. Dieser Trend wird sich wahrscheinlich fortsetzen.

In der Schweiz geht die grösste Terrorbedrohung weiterhin von dschihadistisch inspirierten einzelnen Personen oder Kleingruppen aus, die spontan Gewaltakte mit einfachen Mitteln verüben. Solche Gewaltakte richten sich am ehesten gegen schwer zu schützende Ziele. Grossveranstaltungen und publikumswirksame Anlässe im öffentlichen Raum bleiben für Dschihadisten ideale Gelegenheiten, Anschlägsabsichten umzusetzen.

Die anhaltende Dynamik der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten, in die Israel involviert ist, erhöht weiterhin die Wahrscheinlichkeit dschihadistisch motivierter Gewalttaten gegen jüdische oder israelische Interessen in Europa. Dies gilt auch für die Schweiz.

Aus dem Strafvollzug entlassene Dschihadisten sowie Personen, die sich während der Haft radikalisiert haben, stellen einen anhaltenden Risikofaktor dar. Auch die Problematik allfälliger Rückkehrer von Dschihadreisen mit Schweizbezug bleibt bestehen, zumal unklar ist, wie sich die Lage der ehemals in Nordostsyrien inhaftierten Personen entwickelt.

GEWALTAKTE MIT TERRORVERDACHT


 dschihadistisch motiviert


 dschihadistische Motivation
nicht eindeutig

 Brandanschlag

 Messerangriff

 Rammangriff

 Schusswaffeneinsatz

 Schengenraum

 **MANCHESTER**
02.10.2025

 **GOLDERS GREEN**
29.04.2026


 **DUBLIN**
25.07.2025

 **DUBLIN**
29.07.2025

 **MADRID**
22.11.2025

 **PARIS**
13.02.2026

 **LYON**
10.09.2025

 **BIELEFELD**
18.05.2025

 **ESSEN**
05.09.2025

 **WINTERTHUR**
28.05.2026

 **SKOPJE**
12.04.2026

 **ISTANBUL**
07.04.2026

EREIGNISSE IM BEREICH DSCHIHADISTISCHER TERRORISMUS SEIT MAI 2025

 **BONDI BEACH**
14.12.2025

NEUE TECHNOLOGIEN VERÄNDERN DIE TERRORBEDROHUNG

Terroristische Akteure reagieren oft schnell auf neue Technologien, die öffentlich zugänglich, wenig reguliert und erschwinglich oder gar kostenlos sind. So hat etwa der „Islamische Staat“ von Anfang an entschieden auf die Nutzung der damals neuesten Generation kostenloser sozialer Medien und Kommunikationsapps wie Telegram gesetzt, was sich zu einem wesentlichen Erfolgsfaktor der Terrororganisation entwickelte: Die Fähigkeiten des „Islamischen Staats“ in den Bereichen Propaganda, Rekrutierung und Kommunikationssicherheit nahmen markant zu. Ein weiteres Beispiel sind Kryptowährungen, die auch terroristische Akteure zunehmend nutzen.

Insbesondere die exponentielle Entwicklung der künstlichen Intelligenz hat grosses Potenzial, die dschihadistische Bedrohung künftig zu

Insbesondere die exponentielle Entwicklung der künstlichen Intelligenz hat grosses Potenzial, die dschihadistische Bedrohung künftig zu verstärken.

verstärken. Problematisch ist nicht nur deren bereits alltägliche Verwendung durch Dschihadisten, sondern auch durch Techfirmen im Bereich der sozialen Medien. So begünstigt der Einsatz künstlicher Intelligenz in Algorithmen auf Plattformen wie Tiktok erfahrungsgemäss Radikalisierungsprozesse.

Künstliche Intelligenz wird sich künftig in zahlreichen Bereichen auswirken und dürfte insbesondere in Kombination mit anderen Technologien neue Herausforderungen in der

Terrorbekämpfung mit sich bringen – etwa im Bereich der Drohnentechnologie zu Angriffszwecken. Diese Technologie hat sich seit Beginn des Kriegs gegen die Ukraine rasant entwickelt und ist teils offen zugänglich. Auch gewalttätige islamistische Akteure in Nahost, Afrika und Asien setzen seit 2023 zunehmend bewaffnete Drohnen ein. Die Fähigkeiten dieser Akteure nehmen infolge der schnellen technologischen Entwicklung der Drohnentechnologie und des regen Wissenstransfers kontinuierlich zu.

Bei allen neuen Technologien gibt es zwar internationale Bemühungen, durch gesetzliche Regulierungen und Schutzmassnahmen privater Firmen dem Missbrauch durch terroristische Akteure entgegenzuwirken. So machte etwa in den letzten Jahren die staatliche Regulierung grosser Online-Plattformen bedeutende Fortschritte. Betreiber von Plattformen passten in der Folge ihre Richtlinien an und intensivierten die Bekämpfung dschihadistischer Inhalte. Das Phänomen der Online-Radikalisierung wurde durch diese Massnahmen bislang aber kaum eingedämmt. Die Gründe hierfür mögen vielfältig sein. Doch sind Dschihadisten nicht zuletzt auch wegen der schnellen Entwicklung der Technologie und des Markts in diesem Bereich stets in der Lage, auf alternative Produkte auszuweichen oder neue Technologien zur Verschleierung ihrer Online-Aktivitäten einzusetzen. Zudem eignen sich jüngere Generationen früh und leichter neue technologische Fähigkeiten an.

DSCHIHADISTISCHE AKTEURE AUSSERHALB EUROPAS



Mit dem „Islamischen Staat“ oder der al-Qaida verbundene Terrorgruppierungen beeinflussen die Bedrohungslage in Europa unmittelbar durch ihre Propaganda- und Rekrutierungsaktivitäten. Sie sind gleichzeitig aber kaum fähig, eigenständig Anschläge in Europa vorzubereiten oder zu verüben. Vielmehr sind sie weitgehend darauf angewiesen, Anhänger zu finden, die in Europa leben und zu Gewalttaten angestiftet und allenfalls angeleitet werden können.

Der „Islamische Staat“ in Syrien nutzt das nach dem Sturz des Asad-Regimes entstandene Machtvakuum sowie die anhaltend schlechte Sicherheitslage in weiten Teilen des Landes für seine Restrukturierung und sein Wiedererstarren, insbesondere auch mit intensivierter Rekrutierung. Das Vordringen der syrischen Armee in kurdische Gebiete hat zu Fluchtbewegungen aus den Lagern und Gefängnissen in Nordostsyrien geführt. Der „Islamische Staat“ verfügt aber eher wahrscheinlich nicht über genügend Kapazitäten, um alle geflohenen Personen aufzunehmen.

Die Entflohenen könnten versuchen, in ihre Heimat zurückzukehren. Eine Rückkehrwelle ist derzeit aber nicht einmal ansatzweise festzustellen.

Die Entflohenen könnten zudem versuchen, in ihre Heimat zurückzukehren. Eine Rückkehrwelle ist derzeit aber nicht einmal ansatzweise festzustellen.

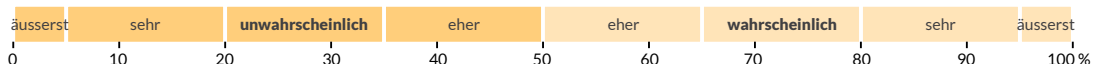
Die syrische Übergangsregierung versucht zwar wie offiziell kommuniziert gegen radikale oder dschihadistisch motivierte Gruppen vorzugehen. Mangelnde Kontrolle in weiten Gebieten Syriens sowie fehlende personelle wie finanzielle Ressourcen erschweren aber ein effektives Vorgehen. Auch wenn gegenwärtig unverändert mit mehrheitlich einfach umzusetzenden

Überraschungsangriffen des „Islamischen Staats“ zu rechnen ist, wird dieser weiterhin versuchen, Anschläge auf Hochwertziele zu verüben. Dazu zählen neben Vertretern der syrischen Übergangsregierung insbesondere auch Angehörige westlicher Staaten und westliche Interessen in Syrien.

Die Fähigkeiten des in Afghanistan und Pakistan basierten Islamischen Staats - Khorasan, Anschlagpläne gegen Ziele in Europa umzusetzen, erreichten 2025 infolge des starken internationalen Verfolgungsdrucks einen Tiefpunkt. Mit der Verhaftung seines Mitglieds Özgür Altun in Pakistan im April 2025 verstummte auch sein englischsprachiges Online-Magazin „Voice of Khurasan“ bis Januar 2026. Das Online-Magazin bietet radikalisierten Personen in Europa mit Kontaktadressen eine direkte Anlaufstelle. In Europa bleibt der Islamische Staat - Khorasan darauf angewiesen, Anhänger zu finden, die hier leben und zu Gewalttaten motiviert werden können. Seine internationalen Netzwerke weisen nur marginal Bezüge zur Schweiz auf.

In Afrika haben sich die Provinzen des „Islamischen Staats“ zusehends ausgedehnt und etabliert. Trotz personellen und materiellen Einbussen durch Antiterroroperationen bleiben die Strukturen der afrikanischen Provinzen des „Islamischen Staats“ funktionsfähig und ihre Vernetzung nahezu intakt. Staatliche Strukturen, die sowohl hinsichtlich ihrer Legitimität als auch in Bezug auf die Gewährleistung von Sicherheit schwach sind, bieten günstige Voraussetzungen für die Expansionsbestrebungen dschihadistischer Gruppierungen. Weitere Faktoren wie die Auswirkungen des Klimawandels, Hungersnöte, Migration, ethnische Konflikte, Ressourcenknappheit, Bevölkerungswachstum,

Wahrscheinlichkeitsskala



militärische und wirtschaftliche Einflussnahme externer Akteure sowie antieuropäische Desinformationskampagnen externer Akteure verstärken sich gegenseitig und verschlechtern die Sicherheitslage in verschiedenen afrikanischen Staaten weiter.

In den letzten Jahren beschränkten sich die Kern-al-Qaida und ihre Ableger vor allem auf regionale Agenden. Die Medienplattformen der al-Qaida und al-Qaida-nahe Medienportale verbreiten regelmässig Aufrufe zu gewalttätigen Aktionen in den USA und in Europa sowie gegen israelische Interessen weltweit. Im Vergleich zu derjenigen des „Islamischen Staats“ stösst jedoch die Propaganda der al-Qaida in Europa weiterhin auf wenig Echo.



Die Lage wird sich bis Ende 2026 nicht markant verändern: Dschihadistische Terrororganisationen in Nahost, Afrika und Asien werden wahrscheinlich in erster Linie weiterhin eine regionale Agenda verfolgen. Es ist jedoch gleichzeitig eher wahrscheinlich, dass sie Ressourcen hinzugewinnen und ihre operativen Fähigkeiten erweitern. Dies wird die Bedrohung für westliche Interessen vor Ort erhöhen.

Der „Islamische Staat“ in Syrien wird sehr wahrscheinlich Profit aus der instabilen Lage und wachsenden Animositäten zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen ziehen und so sein Wiedererstarken vorantreiben. Ein erstarkter „Islamischer Staat“ wird wahrscheinlich radikalisierte Personen motivieren, sich ihm anzuschliessen – nicht nur in Syrien. Überregionale Kontakte zu seinen Provinzen erleichtern ihm dabei den Transfer von Kämpfern, Know-how und finanziellen Mitteln. Vereinzelt bestehen Kontakte nach Europa; diese könnten in Zukunft zunehmen

und das Bedrohungspotenzial für die Schweiz und Europa erhöhen. Auch Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus Dschihadgebieten stellen eine Bedrohung für die Sicherheit Europas einschliesslich der Schweiz dar.

Es verdichten sich Hinweise darauf, dass sich der Islamische Staat - Khorasan in einer Reorganisationsphase befindet und seine internationalen Netzwerke möglicherweise nur vorübergehend geschwächt wurden. Doch selbst wenn es ihm gelingen sollte, seinen Propagandaapparat und das internationale Netzwerk wiederaufzubauen, wird er Zeit brauchen, um auf den Stand seiner Fähigkeiten von 2024 zu kommen.

Die afrikanischen Provinzen des „Islamischen Staats“ sowie die afrikanischen Ableger der al-Qaida werden wahrscheinlich weiterhin von den sich für sie verbessernden Rahmenbedingungen profitieren. Sie werden die Rekrutierung und die Beschaffung finanzieller und materieller Mittel vorantreiben.



TERRORISMUSABWEHR

Zahlen im Zusammenhang mit der Terrorismusabwehr – Risikopersonen, dschihadistisch motivierte Reisende, Dschihadmonitoring – publiziert der NDB zweimal pro Jahr auf seiner Webseite.

www.ndb.admin.ch
> Sicherheit > Nachrichtendienst > Terrorismus

PKK

- ⑥ Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) hat im Mai 2025 ihre Auflösung bekannt gegeben und medienwirksam symbolische Schritte in diese Richtung folgen lassen. Ihre Strukturen bestehen jedoch fort und bleiben aktiv. Die PKK strebt als selbsternannte Vertreterin der Kurdinnen und Kurden in Europa nach Anerkennung der kurdischen Identität in der Türkei, in Syrien, im Irak und in Iran. In der Schweiz wie andernorts in Europa sammelt sie weiterhin verdeckt Geld, betreibt Propaganda und führt Lager zur ideologischen Ausbildung und Rekrutierungen durch.
- ⌘ Die PKK verfolgt weiterhin das Ziel, von der EU-Terrorliste gestrichen zu werden. Sie wird sehr wahrscheinlich grundsätzlich am Gewaltverzicht in Europa festhalten, gleichzeitig aber auch ihre teils verdeckten Aktivitäten fortführen. Sie versucht, interne Machtkämpfe und Abspaltungen infolge der verkündeten Auflösung zu verhindern. Je nach Druck der türkischen Regierung und nach Lageentwicklung besonders in den nordsyrischen Kurdengebieten sind auch in der Schweiz Spannungen und Proteste zu erwarten.

TERRORISMUS ETHNONATIONALISTISCHER UND ANDERER PROVENIENZ

HAMAS

- ⑥ Am 15. Mai 2025 ist das Bundesgesetz über das Verbot der Hamas sowie verwandter Organisationen in Kraft getreten. Damit erhielten die Bundesbehörden die notwendigen Instrumente, um gegen die Aktivitäten der Hamas oder die Unterstützung der Organisation – insbesondere Finanzierung und Propaganda – in der Schweiz vorzugehen. Die Organisation zieht offiziell keine Terrorakte in Europa in Betracht; diese sind nicht Teil ihrer Doktrin. Das internationale Netzwerk der Hamas konzentriert sich hauptsächlich auf Politik und Finanzierung. Es gibt Berichte über Anschlagsvorbereitungen in Europa Ende 2023 und 2025, aber die Verbindungen zwischen diesen Personen und der Hamas sind noch nicht klar. Allerdings riefen in den letzten Jahren einige Führungskräfte der Hamas dazu auf, Israelis und Juden ausserhalb Israels und des palästinensischen Gebiets anzugreifen.
- ⌘ Eine Bestätigung der Anschlagplanung der Hamas in Europa würde eine neue Bedrohung für die jüdischen und israelischen Interessen auch hierzulande bedeuten. Derzeit ist es eher unwahrscheinlich, dass die Hamas oder ein Teil dieser Organisation einen Terroranschlag in Europa verübt.

IRAN

👁️ Die iranischen Nachrichtendienste und mehrere Proxies Irans waren in den letzten Jahren an der Vorbereitung terroristischer Aktivitäten in Europa beteiligt.

🔗 Iran könnte asymmetrisch auf israelische und amerikanische Angriffe reagieren. Asymmetrische Methoden umfassen Terroranschläge, zum Beispiel auf israelische, jüdische oder amerikanische Ziele. Die iranischen Dienste, Proxies oder damit beauftragte kriminelle Netzwerke könnten solche Anschläge verüben. Zudem ist es wahrscheinlich, dass iranische Dienste die Überwachung der in der Schweiz wohnhaften Mitglieder der iranischen Opposition verstärken und aggressiver gegen sie vorgehen. Zu diesem aggressiveren Vorgehen gehören Drohungen oder auch Körperverletzungen.

Weiter könnten radikalisierte Personen, die die Ideologie des iranischen Regimes teilen, aber nicht organisatorisch mit diesem verbunden sind, spontan Aktionen verüben. Solche Angriffe würden sich hauptsächlich gegen Opportunitätsziele richten.

HISBOLLAH

👁️ Die Hisbollah unterhält in der schiitisch-libanesischen Diasporagemeinschaft in der Schweiz ein Netzwerk, das die Organisation in gemeinschaftlichen und politischen Angelegenheiten unterstützt. Einige dieser Personen könnten auch aktiviert werden, um die Hisbollah bei Terroraktionen zu unterstützen. Im Dezember 2024 haben beide eidgenössischen Räte eine Motion angenommen, die Hisbollah in der Schweiz zu verbieten, und den Bundesrat mit der Umsetzung beauftragt.

🔗 Die von der libanesischen Hisbollah ausgehende Bedrohung in Europa bleibt davon abhängig, wie intensiv der Konflikt zwischen Israel und der Hisbollah einerseits und zwischen Iran und den von ihm als feindlich angesehenen Staaten andererseits geführt wird. Die Hisbollah könnte zwar den Konflikt mit Anschlägen ausserhalb des Nahen Ostens ausweiten, wird sich aber wahrscheinlich auf Operationen auf libanesischem Territorium und gegen die israelische Armee konzentrieren.

👁️ Was sieht der NDB?

🔗 Was erwartet der NDB?



GEWALTTÄTIGER EXTREMISMUS

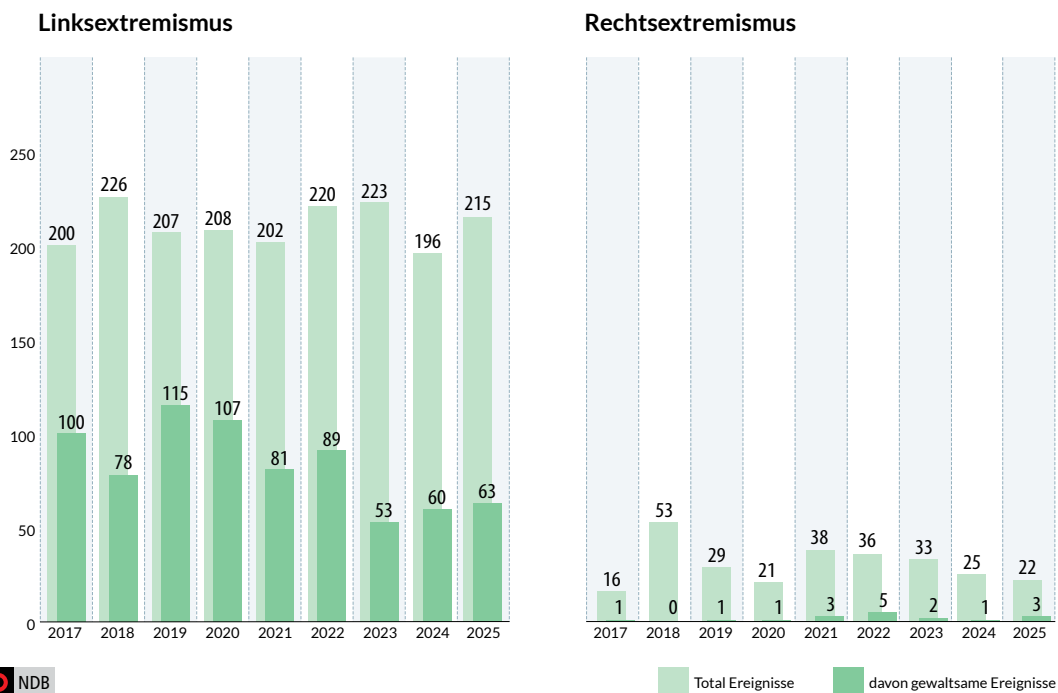


GEWALTPOTENZIAL BLEIBT HOCH

Die gewalttätigen Links- und gewalttätigen Rechtsextremistinnen und -extremisten setzen ihre Aktivitäten fort. Die in den letzten Jahren festgestellten Entwicklungen bestätigen sich: Beide Szenen fokussieren grundsätzlich auf die seit Jahren von ihnen bewirtschafteten Themen und bleiben bei den bekannten Aktionsformen, um auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen. Öffentlich sichtbare Gewalt geht überwiegend von Exponentinnen und Exponenten der linksextremistischen Szene aus. Beide gewalttätig extremistischen Szenen vermögen die Demokratie und die rechtsstaatlichen Prinzipien nicht erkennbar zu schwächen oder politische Prozesse merklich zu beeinflussen. In beiden Szenen besuchen Exponentinnen und Exponenten Kampfsportausbildungen.

Das Gewaltpotenzial in der gewalttätigen linksextremistischen Szene ist hoch. Das dominante Thema ist derzeit der Konflikt im Nahen und Mittleren Osten mit seinen vielfältigen Aspekten wie der palästinensischen und der kurdischen Sache sowie Antimperialismus und Antikapitalismus. Diese Themen sind geeignet, auch zahlreiche nichtgewalttätige Personen zur Teilnahme an Protestkundgebungen zu mobilisieren. Die gewalttätige linksextremistische Szene instrumentalisiert solche Kundgebungen als Plattformen zur Verübung von Gewalt. Gewaltsame Aktionen richten sich insbesondere gegen Einrichtungen, die mit den USA oder Israel beziehungsweise deren Rüstung und Finanzierung assoziiert werden. So ruft zum Beispiel die in Grossbritannien verbotene Gruppe Palestine Action weltweit

Dem NDB gemeldete gewalttätig extremistisch motivierte Ereignisse seit 2017 (ohne Schmierereien)



zu gewaltsamen Aktionen gegen Rüstungsfirmen und Verteidigungsministerien auf. Daneben bleibt der Kampf gegen Faschismus von hoher Priorität. Das aktuelle Weltgeschehen beeinflusst die Aktivitäten der gewalttätigen linksextremistischen Szene stärker als die der gewalttätigen rechtsextremistischen Szene. Gerade stark wirtschaftlich geprägte Grossanlässe wie das World Economic Forum (WEF) oder ein G7-Gipfel erfordern immer wieder umfassende Ressourcen der Sicherheitsbehörden, einschliesslich des Nachrichtenverbunds des NDB (siehe "Kennzahlen 2025" auf Seite 73), zur Absicherung gegen dieses Gewaltpotenzial.

Einzelne gewalttätige rechtsextremistische Gruppen treten häufig mit Aktionen öffentlich in Erscheinung und verbreiten Videomitschnitte dieser Aktivitäten auf frei zugänglichen Online-Kanälen. Einzelne Personen aus der gewalttätigen rechtsextremistischen Szene gehen gewaltsam gegen Männer vor, die sie der Pädophilie bezichtigen.

In der Schweiz gibt es einzelne Staatsverweigerer, die staatliche Behörden weder respektieren noch anerkennen und die Legitimität des demokratischen Rechtsstaats grundsätzlich ablehnen. Einzelne unter ihnen sind rechtsextremistisch und gewalttätig und wehren sich gewaltsam gegen hoheitliche Handlungen durch staatliche Stellen.

Die Lageentwicklung im Bereich des gewalttätigen Extremismus hat den Bundesrat veranlasst, im Rahmen der laufenden Revision des Nachrichtendienstgesetzes die Einführung sogenannter genehmigungspflichtiger Beschaffungsmassnahmen wie zum Beispiel die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs, den Einsatz von Ortungsgeräten und anderen Überwachungsgeräten auch an nicht öffentlichen oder nicht allgemein zugänglichen Orten oder das Eindringen in Computersysteme und Computernetzwerke auch zum Erkennen oder

Abwehren von Bedrohungen durch gewalttätig-extremistische Aktivitäten vorzuschlagen.



Die beiden gewalttätigen extremistischen Szenen in der Schweiz werden ihre Aktivitäten fortführen. Sie werden sich dabei im Wesentlichen an den bisher verfolgten thematischen Schwerpunkten orientieren.

Themen im Zusammenhang mit dem Konflikt im Nahen und Mittleren Osten und besonders die palästinensische Sache gewinnen weiter an Relevanz für die gewalttätig-linksextremistische Szene und verleihen ihr neuen Schwung. Entschärft sich der Konflikt im Nahen und Mittleren Osten nicht deutlich, bleiben Gruppen aktiv, die bei Kundgebungen Gewalteininsatz nicht scheuen. Die heftigen Ausschreitungen an der Propalästinakundgebung in Bern im Oktober 2025 mit zahlreichen Verletzten und massiven Sachbeschädigungen haben dies verdeutlicht: Die Gewalttäterinnen und -täter, von denen eine beachtliche Anzahl aus der Westschweiz angereist war, scheuten auch direkte Angriffe auf Personen nicht. Dabei griffen sie Sicherheitskräfte an und gefährdeten Unbeteiligte. Ob Stimmen, die Gewalttaten missbilligen in der Szene ein relevantes Gewicht erlangen, bleibt offen. Diese Debatte verweist aber darauf, dass die gewalttätige linksextremistische Szene breit aufgestellt und divers ist.

Themen im Zusammenhang mit dem Konflikt im Nahen und Mittleren Osten und besonders die palästinensische Sache gewinnen weiter an Relevanz für die gewalttätig-linksextremistische Szene und verleihen ihr neuen Schwung.

Auch bei Aktionen etwa gegen Wirtschaftsunternehmen und Infrastruktur von Eisenbahnen oder Telekommunikationsanbietern in der Schweiz und im europäischen Ausland wird Gewalt und Sabotage als probates Mittel angesehen. Dies hat der Brandanschlag einer anarchistischen Gruppe auf die Berli-

ner Stromversorgung im Januar 2026 gezeigt. Obwohl die kurdische Sache weniger präsent ist, bleibt sie für die gewalttätige linksextremistische Szene wichtig.

Wiederholt beeinträchtigen gewalttätige Linksextremistinnen und -extremisten unmittelbar demokratische Prozesse, indem sie Auftritte von Magistratspersonen und Wirtschaftsvertreterinnen und -vertreter stören oder gar verhindern. Veränderungen bei der internationalen Lage dienen dabei als Anlass zur Mobilisierung.

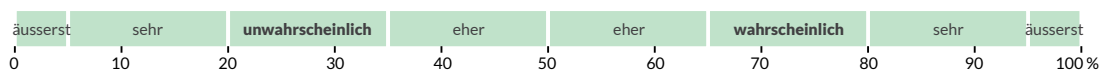
Exponentinnen und Exponenten der gewalttätigen rechtsextremistischen Szene treten im Vergleich zu früheren Jahren häufig unscheinbarer und verbal überlegter auf. Dies bringt einzelnen Gruppen neue Anhängerinnen und Anhänger. Die von gewalttätigen Rechtsextremistinnen und -extremisten ausgehende Bedrohung bleibt bestehen: Ausserhalb organisierter rechtsextremistischer Strukturen agierende Personen stellen die grössere Bedrohung dar als ganze Gruppierungen. Besonders Fälle junger Erwachsener oder Minderjähriger, die sich online über soziale Medien und auf Gaming-Plattformen radikalieren, nehmen weiter zu. Der digitale Raum bleibt zentral für die Verbreitung von Propaganda.

In abgeschirmten Diskussionsgruppen mit Bezügen zum Akzelerationismus werden weiter drastische Gewaltdarstellungen geteilt und Absichten geäussert, Gewalt anzuwenden. Anhängerinnen und Anhänger des Akzelerationismus glauben, dass die demokratische Gesellschaft dem Untergang geweiht sei und deren Zusammenbruch durch Gewalt beschleunigt werden müsse, um eine neue autoritäre Ordnung zu etablieren. Die Entwicklung deutet indessen in Richtung von Online-Netzwerken, die ideologische Elemente mit der Darstellung von Okkultem und Grausamkeit vermengen. Der ideologische Aspekt rückt zunehmend in den Hintergrund und dient lediglich der Legitimierung der Gewalt.

Das bereits hohe Interesse der gewalttätigen Rechtsextremistinnen und -extremisten an Kampfsporttrainings dürfte bestehen bleiben oder sogar zunehmen.

Einzelne Staatsverweigerer werden sich auch weiterhin gegen hoheitliche Handlungen zur Wehr setzen, punktuell auch mit Gewalt.

Wahrscheinlichkeitsskala





PROLIFERATION



ALLGEMEINE LAGE



Der globale Trend zur Aufrüstung manifestiert sich sowohl bei konventionellen wie bei nuklearen, biologischen und chemischen Waffen und deren Trägermitteln. Staaten investieren grosse Summen in deren Ausbau und Modernisierung. Damit akzentuiert sich auch die strategische Bedeutung von Schlüsseltechnologien: Verschiedene staatliche Akteure suchen Zugang zum Beispiel zu Quantentechnologie, künstlicher Intelligenz, Robotik, Bio- und Weltraumtechnologie und wollen anderen staatlichen Akteuren diesen Zugang verwehren.

Besonders stark betroffen ist der Schweizer Industrie- und Forschungsstandort mit seinem hohen Spezialisierungsgrad. So bemüht sich Russland, Sanktionen zu umgehen und in der Schweiz zum Beispiel Werkzeugmaschinen zugunsten seines militärisch-industriellen Komplexes zu beschaffen. China sucht hierzulande nach Wissen und Technologie mit strategischem und militärischem Potenzial. Auch Iran und Nordkorea haben Interesse an Schweizer Gütern für ihre strategischen Waffenprogramme.

Die Beschaffungsnetze und -methoden werden laufend komplexer und besser getarnt. International wurden die Mechanismen und Werkzeuge zur Proliferationsbekämpfung geschwächt, weil der Multilateralismus infrage gestellt wird. Russland und immer deutlicher

divergierende nationale Interessen behindern Bemühungen, die Exportkontrollregime angemessen weiterzuentwickeln. Zudem macht die Entwicklung mehrerer potenziell disruptiver Technologien die Proliferationsbekämpfung deutlich komplexer. Dies wird an mehreren Stellen deutlich: Dual-use-Güter-Listen werden länger und komplexer, und es entsteht ein Spannungsfeld zwischen internationaler wissenschaftlicher Forschung und dem Schutz nationaler Interessen. Wirtschaftliche Interessen kommen mit dieser Entwicklung immer stärker mit Proliferationsrisiken in Berührung.



Der globale industrielle und technologische Wettbewerb wird fortbestehen. Der Grossteil der westlichen Staaten wird weiter versuchen, Russland militärische Fähigkeiten zu verweigern und China beim unerwünschten Erwerb entscheidender technologischer Vorteile zu behindern. Alle Seiten werden weiterhin starken Druck auf die Schweiz ausüben:

Die Souveränität in der Proliferationsbekämpfung und bei der Exportkontrolle

zu wahren, wird schwieriger. Traditionelle Instrumente der Rüstungskontrolle werden weiter an Bedeutung verlieren. Die Beschaffungsnetzwerke bleiben in der Schweiz aktiv.

Alle Seiten werden weiterhin starken Druck auf die Schweiz ausüben.

RUSSLAND



Russland modernisiert sein Nukleararsenal, insbesondere die Trägermittel, weiter. Die Probleme bei der Entwicklung der schweren ballistischen Lenkwaffe mit interkontinentaler Reichweite wurden allerdings nicht gelöst. Auch der jüngste Test 2025 schlug fehl.

Drohnen spielen im Krieg gegen die Ukraine eine entscheidende Rolle, verdrängen jedoch klassische Distanzwaffen wie Artillerie, ballistische Lenkwaffen und Marschflugkörper nicht vollständig. Dies beschleunigt die Entwicklung dieser Waffensysteme und im Bereich der elektronischen Kriegführung. Daraus entsteht ein grosser Bedarf an Industriegütern, die Russland teilweise auch in westlichen Staaten beschaffen muss.

Russland hat komplexe Strategien entwickelt, um seine Kriegsbemühungen auch mit Schweizer Gütern und Technologien zu fördern. Dazu gehört der Einsatz seiner Nachrichtendienste oder spezifischer Beschaffungsnetzwerke in der Schweiz und im Ausland. Die Weitergabe von Schweizer Waren aus Drittländern nach Russland nimmt zu. Dasselbe gilt für die Verwendung von Schweizer Produkten, um in Drittländern Waren für Russland herzustellen. Länder, die die Sanktionen gegen Russland nicht übernommen haben, wie zum Beispiel die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate und China, werden benutzt, um Sanktionen und Kontrollmassnahmen bei der Ausfuhr von Dual-use-Gütern zu umgehen. Besonders betroffen sind die Werkzeugmaschinenindustrie, Labormaterial und auch Branchen wie die Mikrotechnik.

Russland kündigt Testflüge von ballistischen Lenkwaffen nicht mehr, wie im multilateralen

Haager Verhaltenskodex vorgesehen, an. Es hat in der Ukraine wiederholt das chemische Kampfmittel Chlorpikrin eingesetzt. Diese Verstösse gegen internationales Recht und andere Normen wirken destabilisierend und stehen beispielhaft für die Erosion multilateraler Abkommen.



Russland wird die Bemühungen zur Versorgung seines militärisch-industriellen Komplexes mit Schweizer Waren und Technologien fortsetzen. Die Nutzung von Drittländern zur Umgehung von Sanktionen und Vorschriften für Dual-use-Güter wird wahrscheinlich noch zunehmen. Aus diesen Drittländern können Schweizer Güter wiederausgeführt werden oder diese werden mithilfe von Schweizer Gütern und Technologien dort produziert und dann an Russland geliefert.

Russland wird die Anstrengungen zur Versorgung seines militärisch-industriellen Komplexes mit Schweizer Waren und Technologien fortsetzen.

Staaten, die die Ukraine militärisch unterstützen und an der Schwächung Russlands arbeiten, könnten die Schweizer Umsetzung der Sanktionen gegenüber Russland als ungenügend betrachten. Dies könnte negative Folgen für die Wirtschaft und für die sicherheitspolitische Zusammenarbeit haben.

Russland wird in absehbarer Zeit nicht zur Einhaltung internationaler Abkommen zurückkehren. So sind die New-Start-Verträge zwischen Russland und den USA zur Begrenzung strategischer Nuklearwaffen im Februar 2026 ausgelaufen. Hingegen wird Russland weiter an der Modernisierung seines Arsenalen interkontinentaler ballistischer Lenkwaffen arbeiten. Es wird erfolgreiche Tests dieser Trägersysteme für seine Propaganda nutzen.

CHINA



China nutzt seine wirtschaftlichen Vorteile als Hebel der Geopolitik. Die unter Staats- und Parteichef Xi Jinping entwickelte Strategie der zivil-militärischen Fusion fördert die Nutzung potenziell disruptiver Technologien für militärische Zwecke. Das macht die international harmonisierten Exportkontrollen für Dual-use-Güter und die Wissenssicherheit wichtiger, während die Blockade und Schwächung der traditionellen multilateralen Exportkontrollregime die chinesische Strategie begünstigt.

China ist für viele Länder ein bedeutender, wenn nicht gar unverzichtbarer Handels- und Technologiepartner, so auch für die Schweiz. Die Zusammenarbeit beim Handel und in der Wissenschaft ist in vielerlei Hinsicht erfolgreich, birgt aber Risiken. Die Schweizer Industrie und das Schweizer Innovationspotenzial stellen mit ihren ausgeprägten Spezialisierungen besonders interessante Möglichkeiten für technologische Akquisitionen dar.

Chinesische Akteure, die sich für den Erwerb von Schweizer Wissen und Technologie interessieren, können auf eine breite Palette legaler und illegaler Methoden zurückgreifen:

- Spionage, Diebstahl geistigen Eigentums und Missbrauch wissenschaftlicher Zusammenarbeit sind für Schweizer Forschungsinstitute, Universitäten, Industrieunternehmen, Start-ups und Spin-offs Realität.
- Der Wissenserwerb mit legalen Mitteln stellt eine noch grössere Herausforderung dar. Der Erwerb technologischen Wissens über Güterexporte, ausländische Investitionen in Unternehmen, die Zusammenarbeit in der akademischen Forschung, Forschungsstipendien oder die Rekrutierung von Talenten expandieren. Die in diesen Bereichen tätigen chinesischen Akteure bauen auf gute Kenntnisse der Rechtsgrundlagen und lokaler Bestimmungen auf.

Seit 2010 baut China sein Nuklearwaffenarsenal stark aus und modernisiert dessen Qualität durch neue Waffensysteme stetig. Wie weit China in diese Richtung gehen wird, ist noch unklar. Offiziell hält es an seiner Doktrin fest, auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen zu verzichten.



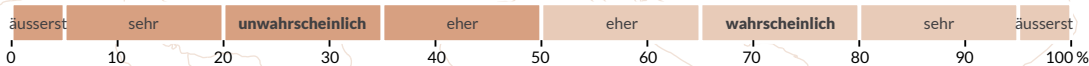
In Europa werden in der Politik, der Wirtschaft und der Wissenschaft die Bemühungen verstärkt, den Technologietransfer ins Ausland, insbesondere nach China, zu kontrollieren.

In Europa werden in der Politik, der Wirtschaft und der Wissenschaft die Bemühungen verstärkt, den Technologietransfer ins Ausland, insbesondere nach China, zu kontrollieren.

Trotz ermutigenden Initiativen stehen die Massnahmen und Mechanismen zur Wissenssicherheit und Investitionsprüfung in der Schweiz angesichts der zunehmenden Komplexität unerwünschter Beschaffungsmethoden von Technologien vor wachsenden Herausforderungen. Verbleibende Lücken könnten von böswilligen Akteuren ausgenutzt werden. Eine Zunahme entsprechender Vorfälle im Zusammenhang mit dem Erwerb einheimischer oder ausländischer Technologie in der Schweiz brächte nicht nur Reputationsschäden mit sich, sondern könnte auch die Kooperationsbereitschaft internationaler Partner schwächen – mit Auswirkungen auf das Innovations- und Forschungspotenzial der Schweiz.

China wird den Ausbau und die Modernisierung seines Nuklearwaffenarsenals fortsetzen. Offiziell strebt es eine minimal nötige Abschreckung an. Was das bedeutet, wird gegen aussen nicht mitgeteilt. Die Aufrüstung und die Fragezeichen zu den von China damit verfolgten Absichten könnten insbesondere Indien und die USA zu einem Ausbau der eigenen Arsenale bewegen. Dies erschwert auch bilaterale Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und Russland.

Wahrscheinlichkeitsskala



- 👁️ Was sieht der NDB?
- 🔗 Was erwartet der NDB?

IRAN



Die israelischen und amerikanischen Angriffe auf Einrichtungen des iranischen Nuklearprogramms haben die Fähigkeit Irans zur Urananreicherung zumindest vorübergehend unterbunden. Ferner wurden einzelne Schlüsseleinrichtungen zerstört, die eine militärische Ausrichtung des Nuklearprogramms bei entsprechendem Entscheid erleichtert hätten. Trotz gezielter Tötung mehrerer hochrangiger Nuklearwissenschaftler verfügt Iran weiterhin über genügend Know-how, um sein Nuklearprogramm wieder aufzunehmen. Der Verbleib von rund 440 kg Uran mit einem Anreicherungsgrad von 60 Prozent bleibt teilweise ungeklärt.

Auch unabhängig vom Wiederaufbau der 2024 und 2025 zerstörten Fähigkeiten gibt es weiterhin iranische Beschaffungsversuche in der Schweiz. Iran konnte seine Abhängigkeit von westlichen Staaten zwar in verschiedenen Schlüsseltechnologien reduzieren, die Beschaffung westlicher Güter bleibt für Iran jedoch aufgrund bisheriger Erfahrung oder technischer Eigenschaften attraktiv. Wo möglich, wird Iran aber Güter anderswo beschaffen.

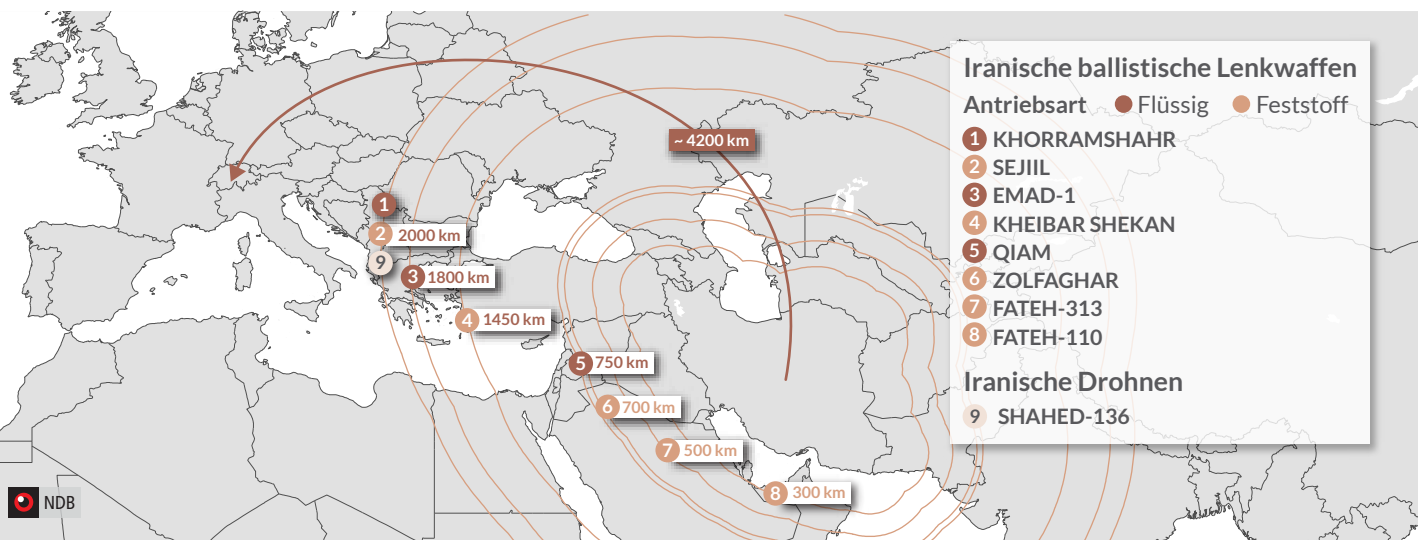


Der erhöhte Sanktionsdruck auf Iran und die militärischen Auseinandersetzungen mit Israel und den USA werden dessen wirtschaftliche und militärische Verflechtung mit nichtwestlichen Staaten verstärken. Die weitreichenden Schäden am Nuklearprogramm und die daraus folgenden hohen Wiederaufbaukosten erhöhen angesichts der anhaltenden strategischen Verwundbarkeit Irans die Bedeutung des Lenkwaffenprogramms als Abschreckungsmittel. Das iranische Lenkwaffenprogramm stellt weiter eine substantielle Bedrohung insbesondere für Israel dar. Bei einer künftigen Reichweitensteigerung, die aufgrund von Erfahrungen aus seinem Raumfahrtprogramm rasch realisierbar wäre, könnte Iran mit seinen Lenkwaffen Zentraleuropa direkt bedrohen.

Bei einer künftigen Reichweitensteigerung könnte Iran mit seinen Lenkwaffen Zentraleuropa direkt bedrohen.

Das iranische Nuklearprogramm behält für die gegenwärtige iranische Führung einen hohen Stellenwert. Es ist deshalb unwahrscheinlich, dass Iran es vollständig einstellt. Welche Bedrohung davon ausgeht, hängt zunächst davon ab, ob Iran die bestehenden Vorräte an hochangereichertem Uran bergen kann. Zunächst müsste aber der neue Oberste Führer den Entscheid hierzu fällen.

Geschätzte Reichweiten ausgewählter iranischer Lenkwaffen



NORDKOREA



Politisch ist Nordkorea nicht mehr so isoliert wie vor Jahren. So weilte der nordkoreanische Machthaber Kim Jong-un im September 2025 gleichzeitig mit dem russischen Präsidenten und anderen Staatschefs aus Ländern des globalen Südens in Peking. Der Besuch hat es Nordkorea erlaubt, die Beziehungen zu China zu verbessern. Diese waren wegen der Unterzeichnung eines Allianzvertrags mit Russland und der Entsendung von Truppen zu dessen Unterstützung im Krieg gegen die Ukraine gespannt. China bleibt der mit Abstand wichtigste Handelspartner Nordkoreas.

Gleichwohl hat Nordkorea die Zusammenarbeit mit Russland nochmals intensiviert. Es liefert Russland weiter ballistische Lenkwaffen kurzer Reichweite und arbeitet im Bereich Drohnen enger mit Russland zusammen. Es unterstützt Russland wahrscheinlich bei der Produktion von Drohnen des ursprünglich iranischen Typs Shahed-136 und gewinnt dadurch auch selber Know-how und Technologie zur Herstellung solcher Drohnen. Wahrscheinlich erhält Nordkorea Unterstützung von Russland bei der Ausbildung seiner Drohnenpiloten.

Nordkorea setzt sein Nuklearprogramm fort und produziert weiterhin angereichertes Uran und Plutonium. Es führte 2025 mindestens 14, damit aber deutlich weniger Lenkwaffentests durch als in den Jahren zuvor. Dabei feuerte es mehr als 24 Lenkwaffen ab. Getestet wurden erneut hauptsächlich nuklear bestückbare, feststoffgetriebene Systeme kurzer Reichweite sowie Marschflugkörper und LuftabwehrLenkwaffen. Ballistische Lenkwaffen mit interkontinentaler Reichweite testete Nordkorea im Gegensatz zu den vorangehenden Jahren nicht.

Punktuell sind Beschaffungsversuche für Schweizer Güter festzustellen, für die kein adäquater Ersatz in China verfügbar ist.



Trotz verbesserten Beziehungen wird Nordkorea seine Handlungsfreiheit gegenüber China wahren. Es wird, falls nötig, Russland weiter mit Truppen und Munition unterstützen. Kim Jong-un wird wenig geneigt sein, den amerikanischen Präsidenten zu treffen, zumindest solange dieser an der Forderung festhält, Nordkorea müsse auf Nuklearwaffen verzichten.

2026 wird Nordkorea seinen neuen Fünfjahresplan vorstellen. Es wird erneut seine Absicht bekräftigen, eine eigene satellitengestützte Aufklärungsfähigkeit aufzubauen. Unter anderem wird es dazu seinen Satellitenträger weiterentwickeln, das heisst, diesen stärker von seinen ballistischen Lenkwaffen differenzieren. Auch die strategischen Rüstungsprogramme wird es weiter vorantreiben, insbesondere hinsichtlich fortschrittlicher Wiedereintrittskörper, nukleargetriebener U-Boote und Drohnensystemen. Nordkorea wird auch die Operationalisierung von Trägermittelsystemen mit Feststoffantrieb in allen Reichweitenkategorien fortsetzen.

Gegenüber Südkorea wird Nordkorea eine harte Linie verfolgen, obwohl dort ein für Dialog offener Präsident das Amt angetreten hat. Dies wird sich auch bei der Fortsetzung der Versuche mit ballistischen Lenkwaffen zeigen. Als Reaktion auf die Aufrüstung Nordkoreas wird Südkorea sein Verteidigungsbudget signifikant aufstocken. Sein erklärtes Ziel ist, sich selbst gegen Nordkorea verteidigen zu können.

Der Bedarf an spezialisierten Schweizer Gütern wird weiter anhalten. In diesem Zusammenhang sind weitere Beschaffungsversuche äusserst wahrscheinlich.

Weitere Beschaffungsversuche sind äusserst wahrscheinlich.

👁 Was sieht der NDB?

🔍 Was erwartet der NDB?



VERBOTENER NACHRICHTENDIENST



ALLGEMEINE SPIONAGEBEDROHUNG



Die Schweiz ist nach wie vor einer sehr hohen Spionagebedrohung ausgesetzt. Diese geht vor allem von staatlichen Nachrichtendiensten aus. Neben der Spionage

Die Schweiz ist nach wie vor einer sehr hohen Spionagebedrohung ausgesetzt.

gehen verschiedene Nachrichtendienste auch anderen verdeckten Aktivitäten in der Schweiz nach: Desinformation, Propaganda, Beeinflussungsaktivitäten, Güterbeschaffung, Vorbereitung von Sabotageakten im Ausland. Sie gehen auch gegen hier niedergelassene Landsleute vor (transnationale Repression).

Nachrichtendienste interessieren sich in erster Linie für die Absichten und Fähigkeiten staatlicher und nichtstaatlicher Akteure, die sie als Bedrohung wahrnehmen. Gewisse Staaten setzen ihre Nachrichtendienste jedoch auch ein, um die Absichten und Fähigkeiten wirtschaftlicher Konkurrenten und sogar militärischer Allianzpartner aufzuklären. Die so erlangten Informationen sollen dem eigenen Staat einen Vorteil verschaffen.

Ein wesentlicher Grund für die sehr hohe Spionagebedrohung sind die zahlreichen Aufklärungsziele in der Schweiz. Der Staat gehört ebenso dazu wie die internationalen Organisationen und deren Umfeld, diplomatische und konsularische Einrichtungen, international tätige Firmen, Hochschulen, Universitäten, Forschungseinrichtungen, Diasporagemeinschaften, Oppositionelle und Medienschaffende. Solche Aufklärungsziele finden sich auch in vielen anderen Staaten. Allerdings gehört die Schweiz in Europa und wahrscheinlich weltweit zu den Staaten, in denen die Dichte dieser Ziele besonders hoch ist.

Zu den weiteren Ermöglichungsfaktoren für die Spionagebedrohung gehören die zent-

rale Lage in Europa und die Offenheit der Schweiz. Der Schengenraum erleichtert das Reisen. Die Schweiz verfügt über eine gute internationale Verkehrsanbindung. Es finden immer wieder Anlässe mit grosser internationaler Ausstrahlung statt. Firmen, Universitäten, Forschungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen ziehen Expertinnen und Experten aus aller Welt an. Von all diesen Faktoren profitieren ausländische Nachrichtendienste. Sie nutzen die Gegebenheiten, um sowohl Schweizer als auch ausländische Entitäten aufzuklären.

Viele Nachrichtendienste unterhalten getarnte Stützpunkte in der Schweiz, oft in diplomatischen und konsularischen Einrichtungen. Die Grössenunterschiede dieser Stützpunkte sind teilweise eklatant. Ein paar wenige Staaten beschäftigen Dutzende mutmassliche Nachrichtendienstoffiziere, meist als diplomatisches, konsularisches und administrativ-technisches Personal getarnt. Dazu kommen Mitarbeitende von Nachrichtendiensten und Agenten, die nicht über einen festen Wohnsitz in der Schweiz verfügen und nur vorübergehend in die Schweiz reisen, um hier nachrichtendienstlich tätig zu werden.

Personen und Organisationen sind in unterschiedlichem Ausmass auch im Ausland von Spionage betroffen. Das gilt besonders für Aufenthalte oder Niederlassungen in Staaten mit starken Nachrichtendiensten. Nachrichtendienste haben auf eigenem Staatsgebiet in der Regel viel mehr Aufklärungsmöglichkeiten und müssen nicht immer im Verborgenen handeln. Die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz im Ausland gehören dabei zu den wichtigsten Schweizer Aufklärungszielen der dort heimischen Dienste. Personen und Organisationen, die sich in der Nähe von Infrastrukturen der staatlichen

Sicherheit aufhalten oder mit Organen und Personen der Sicherheitsorgane zu tun haben, müssen ebenfalls damit rechnen, ins Visier der dortigen Dienste zu geraten.



Die Faktoren, die Spionage begünstigen, bleiben mehrheitlich dieselben, aber die intensivere hybride Konfliktführung in Europa und die zunehmenden Spannungen zwischen den Gross- und einigen Regionalmächten führen sehr wahrscheinlich zu einer höheren Spionagebedrohung für die Schweiz. Die Schweiz wird für zahlreiche ausländische Nachrichtendienste ein wichtiger Operationsraum bleiben. Ausländische Nachrichtendienste werden in den kommenden Jahren weiterhin ein ständiges Interesse an zahlreichen Themen und Bereichen der Schweiz haben. Dazu zählen prioritär die Aussen-, Handels- und Sicherheitspolitik, die aktuellen und zukünftigen Fähigkeiten der Armee, die Rüstungsindustrie, die Spitzenforschung und hier ansässige Organisationen, Gruppierungen und Personen, die von anderen Staaten als Bedrohung eingestuft werden.

Die Digitalisierung wird den Nachrichtendiensten die Möglichkeit schaffen, mehr Informationen zu gewinnen. Gleichzeitig werden die Nachrichtendienste äusserst wahrscheinlich zunehmend in die Automatisierung der Datengewinnung, -verarbeitung und -weitergabe investieren. Eine besondere Herausforderung für Private, Firmen, Nichtregierungsorganisationen und öffentliche Institutionen wird der Umgang mit künstlicher Intelligenz und Geräten sein, die mit dem Internet verbunden sind, insbesondere wenn sie über Ton- und Bildaufnahme-fähigkeiten verfügen. Personen und Organisationen, die mit heiklen Daten arbeiten, sind besonders betroffen. Dazu gehören staatliche Stellen, Cloud-, Internet- und Telekommunikationsunternehmen, Banken, Versicherungen, Hotels, Steuerverwaltungen, Anwaltskanzleien, Buchungsfirmer und Beratungsunternehmen.

KURZFILM ZUM THEMA „WIRTSCHAFTSSPIONAGE IN DER SCHWEIZ“

www.ndb.admin.ch

> Sicherheit > Nachrichtendienst > Wirtschaftsspionage



👁 Was sieht der NDB?

🗨 Was erwartet der NDB?

SPIONAGEBEDROHUNG DURCH RUSSLAND



Unter allen Staaten, die in der Schweiz getarnte Stützpunkte unterhalten, ist Russland weiterhin führend. Das meiste nachrichtendienstliche Personal Russlands in der Schweiz gehört dem Auslandsnachrichtendienst SVR an. Dieser und der Militärnachrichtendienst GRU betreiben mit ihrem Personal Agentennetzwerke in der Schweiz. Diese werden nicht nur für Spionage eingesetzt, sondern zum Beispiel für politische Beeinflussung, Propaganda, Desinformation und Güterbeschaffung hierzulande, aber auch im Ausland.

Während die meisten ausländischen Nachrichtendienste in erster Linie Informationen über Personen und Gruppierungen beschaffen, die im eigenen Land als Bedrohung wahrgenommen werden, haben die russischen Dienste ein viel breiteres Aufklärungsinteresse. Russland interessiert sich für zahlreiche Themen der Innen-, Aussen-, Sicherheits- und Handelspolitik sowie der Rüstung.

Ein erheblicher Teil der russischen Aktivitäten in der Schweiz ist gegen andere ausländische Entitäten hierzulande gerichtet. Gerade

Ein erheblicher Teil der Aktivitäten russischer Nachrichtendienste in der Schweiz ist gegen ausländische Entitäten hierzulande gerichtet.

in Genf wird versucht, über Mitarbeitende internationaler Organisationen und diplomatischer Vertretungen anderer Staaten an Informationen zu gelangen. So nehmen als russische Diplomaten getarnte Nachrichtendienstoffiziere an Versammlungen und Diskussionen in der UNO teil, unter anderem um nach möglichen Rekrutierungszielen Ausschau zu halten.



Die Nachrichtendienststützpunkte an den diplomatischen und konsularischen Vertretungen bleiben für Russland zentral. Die russischen Nachrichtendienste setzen nach wie vor stark auf Aufklärung mit menschlichen Quellen und auf Vorortpräsenz entsprechend geschulter Quellenführer. Deshalb bauen die Dienste ihre Strukturen in Europa wieder auf beziehungsweise aus, wo sie nicht daran gehindert werden. Denn die Posten auf diplomatischen und konsularischen Vertretungen bieten zahlreiche Vorteile. Offizielle Anlässe in den eigenen Räumlichkeiten dienen nicht nur der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungspflege, sondern auch der nachrichtendienstlichen Kontaktaufnahme und Rekrutierung in einem geschützten Rahmen. Die diplomatische Tarnung erlaubt es den Nachrichtendienstoffizieren zudem, leicht Zugang zu Personen, Organisationen und Infrastrukturen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu finden. Darüber hinaus bietet diese Tarnung auch einen höheren Schutz vor Strafverfolgung im Gaststaat.

Gleichzeitig werden die Dienste über digitale Kanäle aus Russland heraus weiter Agenten rekrutieren. Diese Vorgehensweise wird die Arbeit von Quellenführern vor Ort jedoch auch längerfristig nicht ersetzen. Denn eine Beziehung zwischen Quellenführer und Agent, die unter anderem auf physischen Begegnungen basiert, ist intensiver und vertrauenswürdiger als eine rein virtuelle Beziehung, bei der die Quellenführer in der Regel nicht einmal ihr Gesicht zeigen.

Wahrscheinlichkeitsskala



SPIONAGEBEDROHUNG DURCH CHINA



Neben Russland geht die grösste Spionagebedrohung von China aus. China verfügt über grosse Nachrichtendienstapparate, die auch die Schweiz und Entitäten mit Bezug zur Schweiz ins Visier nehmen. Allerdings sind die nachrichtendienstlichen Stützpunkte an den diplomatischen und konsularischen Vertretungen Chinas in der Schweiz vermutlich kleiner als die Russlands. China setzt stärker auf Nachrichtendienstmitarbeitende, die nicht als Diplomaten getarnt sind, sondern unter verschiedenen Legenden reisen und auftreten.

Thematisch hat China ständiges Interesse an den Aktivitäten und Netzwerken der Gruppen, die es die „fünf Gifte“ nennt: Taiwanesen, Tibeter, Uiguren, Falun-Gong-Anhänger und Demokratieaktivisten. Ins Visier geraten auch Personen und Organisationen in der Schweiz, die diese unterstützen. Weitere Ziele chinesischer Dienste sind in den Bereichen Aussen-, Handels- und Sicherheitspolitik, Wirtschaft und Wissenschaft zu finden. Dazu kommen verschiedene ausländische Entitäten mit Sitz in der Schweiz, unter anderem die diplomatischen und konsularischen Vertretungen anderer Staaten.

Allgemein verfolgt China einen umfassenden Ansatz bei der Informationsbeschaffung; es

Allgemein verfolgt China einen umfassenden Ansatz bei der Informationsbeschaffung; es sammelt Daten zu einem sehr breiten Themenspektrum.

sammelt Daten zu einem sehr breiten Themenspektrum.

Es ist damit sehr wahrscheinlich nicht das einzige Land

auf der Welt, ragt allerdings mit seiner schieren Grösse und seinen weltweiten politischen und vor allem wirtschaftlichen Verflechtungen heraus. Chinesische Staatsangehörige und Organi-

sationen sind gesetzlich verpflichtet, mit den Behörden und entsprechend auch mit den Nachrichtendiensten zusammenzuarbeiten.



Die Bedrohung durch China wird stark davon abhängen, wie verflochten die Schweiz und China künftig wirtschaftlich sein werden. Anders als mit Russland wird der Handel bei gleichbleibenden Bedingungen über die nächsten Jahre sehr wahrscheinlich weiter zunehmen. Dabei fallen Daten an, die China äusserst wahrscheinlich auch nachrichtendienstlich verarbeitet. Die chinesischen Dienste verfügen bereits heute über die technischen und personellen Mittel, grosse Datenmengen zu verarbeiten und für sich, die Kommunistische Partei, das Militär, den restlichen Staatsapparat und die staatlichen Firmen nutzbar zu machen. Sie werden diese Fähigkeiten sehr wahrscheinlich weiterhin massiv ausbauen. Realistisch ist zum Beispiel, dass Daten, die moderne chinesische Fahrzeuge während ihrer Nutzung produzieren, via die Autohersteller an die chinesischen Dienste weitergeleitet werden oder dass die Nachrichtendienste via Schnittstellen Zugriff auf solche Daten haben oder bekommen werden. Diesen Aspekt müssen Personen und Organisationen in der Schweiz bei der Beschaffung chinesischer Fahrzeuge berücksichtigen. Das gilt insbesondere für die Personen und Organisationen, die zu den Hauptaufklärungszielen in der Schweiz zu zählen sind.

Abbildung 6



BEDROHUNG KRITISCHER INFRASTRUKTUREN



Abbildung 7

ALLGEMEINE BEDROHUNGSLAGE

Verschiedene Akteure bedrohen kritische Infrastrukturen in der Schweiz, sowohl physisch wie mit Cybermitteln. Dabei bilden hierzulande Angriffe namentlich russischer, chinesischer, iranischer und nordkoreanischer staatlicher Cyberakteure die konkreteste Cyberbedrohung, die den Bestand und das Funktionieren des Staats betrifft. Diese Cyberakteure gehören in den meisten Fällen zu Sicherheitsbehörden, sind technisch fortgeschritten, gehen zielgerichtet vor und sind hartnäckig. Die Cyberangriffe erfolgen aber auch durch staatlich beauftragte externe Akteure, sogenannte Proxies.

Staaten betreiben Cyberspionage entlang ihrer strategischen Interessen. Zu den Treibern gehören insbesondere der Krieg gegen die Ukraine, der Irankrieg sowie der Handelskonflikt und Technologiewettbewerb zwischen den USA und China. Die Angreifer klären mit Cybermitteln militärische Ziele auf und beschaffen vertrauliche politische Informationen von Regierungsbehörden. Ebenso interessieren sie sich für wirtschaftlich oder militärisch relevante Forschung und Entwicklung, allen voran in den Bereichen Rüstung und Spitzentechnologie. Nordkorea setzt seine Cyberakteure auch zur Devisenbeschaffung ein; diese stehlen Geld in Kryptowährungen.

Ransomwaregruppierungen verschlüsseln Daten, um Lösegeld zu erpressen. In der Schweiz gibt es pro Monat einen bis zwei solche Angriffe auf kritische Infrastrukturen. Meistens trifft es Unternehmen und nicht Behörden. Ransomwareangriffe können den Betrieb kritischer Infrastrukturen stören oder gar über längere Zeit unterbrechen. Ein weiteres Risiko besteht darin, dass die Angreifer gestohlene Daten veröffentlichen. Dies birgt ein Reputationsrisiko oder kann zu einem Wettbewerbsnachteil führen. Auch Behördenzulieferer werden Ziel

von Ransomwareangriffen, wobei vertrauliche politische Informationen abfliessen können. Russische Hackergruppierungen sind für die grosse Mehrheit der Ransomwareangriffe in der Schweiz und in anderen westlichen Staaten verantwortlich.

Ideologisch motivierte Gruppierungen, die ihre Ziele auch mit Hackerangriffen zu erreichen suchen, sogenannte Hacktivisten, sind bekannt für Überlastungsangriffe. Insbesondere prorussische Hacktivistengruppierungen haben im Ausland zudem damit begonnen, mit dem Internet verbundene industrielle Kontrollsysteme zu stören. Diese Systeme waren oft schlecht geschützt und damit ohne besondere Fähigkeiten angreifbar. Es ist jedoch zu erwarten, dass die Angreifer ihre Fähigkeiten in den nächsten Monaten weiterentwickeln werden. Obwohl die kritische Infrastruktur meist nicht nennenswert gestört wurde, erregten die Angriffe Aufmerksamkeit. Sie zeigten zudem, dass industrielle Kontrollsysteme teilweise nur mit dem Standardpasswort geschützt und somit verwundbar sind. In der Schweiz sind solche Angriffe auf industrielle Kontrollsysteme weniger wahrscheinlich als in EU- und Nato-Staaten, die die Ukraine militärisch unterstützen und deshalb primär im Visier der prorussischen Gruppierungen stehen. Sehr wahrscheinlich sind hingegen Überlastungsangriffe auf Ziele in der Schweiz, insbesondere im Zusammenhang mit hiesigen internationalen Konferenzen und Grossanlässen wie dem WEF. Diese Störversuche unterbrechen den Betrieb kritischer Infrastrukturen nur marginal, erhalten jedoch teilweise hohe Medienaufmerksamkeit. Besonders aktiv sind prorussische und propalästinensische Gruppierungen. Punktuell beauftragen Staaten solche Hackergruppierungen, um ihre Urhebererschaft zu verschleiern.

Sabotageangriffe – ob physisch oder mit Cybermitteln durchgeführt – bergen ein weit- aus grösseres Schadenspotenzial. Sie sind zum Beispiel Teil der hybriden Konfliktführung Russlands gegen Europa; allgemein sind sie primär Teil von Kriegen oder direkten Konflikten. Auch bei einem Konflikt zwischen der Schweiz und einem anderen Staat würde die Wahrscheinlichkeit für gezielte staatliche Sabotage kritischer Infrastruktur der Schweiz rasch steigen. Während es also derzeit keinen Hinweis auf einen Sabotageangriff auf kritische Infrastruktur in der Schweiz gibt, um dieser zu schaden, könnte ein solcher Angriff trotzdem erfolgen: Aus machtpolitischem Kalkül könnte Schweizer kritische Infrastruktur physisch oder mit Cybermitteln sabotiert werden, um davon abhängige Staaten oder Bündnisse zu treffen. Die Attraktivität solcher Ziele wächst, je stärker die Nato- und EU-Staaten ihre kritische Infrastruktur schützen, ohne dass die Schweiz gleichzieht. Als Folge von Cybersabotage auf Ziele im Ausland sind hingegen Schäden auch hierzulande jederzeit möglich.

Aus machtpolitischem Kalkül könnte Schweizer kritische Infrastruktur physisch oder mit Cybermitteln sabotiert werden, um davon abhängige Staaten oder Bündnisse zu treffen.

Auch ideologisch motivierte Akteure setzen Sabotage ein. Die gewalttätige linksextremistische Szene sieht Gewalt als probates Mittel im Kampf gegen den Kapitalismus. Wirtschaftsunternehmen, Infrastrukturen wie Autobahnen und technische Einrichtungen von Eisenbahnen oder Telekommunikationsanbietern in der Schweiz und im Ausland waren wiederholt Ziel physischer Sabotageakte. Weitere solche Sabotageakte in der Schweiz sind eher wahrscheinlich.

ANHALTENDE BEDROHUNG DURCH CYBERSPIONAGE



Staatliche russische, chinesische, iranische und nordkoreanische Cyberakteure verfügen über fortschrittliche technische Fähigkeiten. Ein Hauptziel dieser Akteure ist die politische Informationsbeschaffung bei Schweizer Behörden mit Fokus auf die Sicherheits- und Aussenpolitik.

Weiter klären staatliche Cyberakteure Schweizer Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen auf. Forschung in den Bereichen Rüstung und Spitzentechnologie, aber auch privatwirtschaftliche Forschungs- und Entwicklungsprogramme sind besonders exponiert. Auch dieses Wissen ist zum Teil militärisch relevant. Spitzentechnologien spielen zudem eine Schlüsselrolle im internationalen Wettbewerb um wirtschaftliche Vormachtstellung. Die Informationsbeschaffung mit Spionage wird wichtiger, wenn Staaten Sanktionen unterliegen und entsprechend Know-how nicht legal erwerben können.

Vor allem staatliche chinesische Cyberakteure kompromittieren Telekommunikationsdienst-

Vor allem staatliche chinesische Cyberakteure kompromittieren Telekommunikationsdienstleister in den USA, in Europa und in Südostasien. Diese Bedrohung bleibt auch für die Schweiz aktuell.


leister in den USA, in Europa und in Südostasien. Diese Bedrohung bleibt auch für die Schweiz aktuell. Die Tele-

kommunikationsanbieter sind nicht nur ein Aufklärungsziel, sondern auch ein Vektor, um in die IT-Systeme der Kunden zu gelangen. Die Lieferkette, insbesondere die IT-Dienstleister, bleibt ein wichtiges Einfallstor für Cyberangriffe.

Staatliche Cyberakteure nutzen für den Erstzugang vielfach Softwareschwachstellen aus.

Teilweise handelt es sich um sogenannte Zero-Day-Lücken. Diese sind zur Zeit des Angriffs nur dem Angreifer bekannt, entsprechend steht noch kein Sicherheitsupdate zur Verfügung. Viel öfter greifen staatliche Cyberakteure jedoch Geräte mit veralteter Software an, deren Schwachstellen seit Wochen, manchmal auch seit Jahren bekannt sind. Besonders häufig erfolgen Angriffe über Schwachstellen in internetexponierten Netzwerkgeräten wie Routern und Firewalls. Staatliche Akteure nutzen auch Schwachstellen bei mobilen Geräten für Cyberspionage.

Der Faktor Mensch spielt bei Cyberspionage eine wichtige Rolle. Staatliche Akteure nehmen Zielpersonen in den meisten Fällen mit auf diese zugeschnittenen Mails ins Visier (sogenanntes Spearphishing), zum Beispiel mit einer Einladung zu einer Konferenz in deren Arbeitsbereich. Solches Social Engineering zielt darauf, Vertrauen zu schaffen, um die Zielperson dazu zu bringen, unwissentlich ein Schadprogramm herunterzuladen und zu installieren oder Zugangsdaten preiszugeben. Gerade auch Verwaltungsangestellte erhalten solche Mails. Immer häufiger kontaktieren staatliche Cyberakteure Zielpersonen über Kommunikationsapps, um zum Beispiel Zugang zu Chats, Kontaktdaten und weiteren Informationen auf dem Mobiltelefon zu erhalten.

 Cyberspionageangriffe auf Schweizer Ziele werden in den nächsten Jahren wahrscheinlich häufiger werden. Sie bleiben ein wichtiges Mittel zur Informationsbeschaffung; sie ergänzen menschliche Spionage und spielen teilweise mit ihr zusammen (siehe „Kurzfilm zum Thema 'Wirtschaftsspionage in der Schweiz'“ auf Seite 61).

Das sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz hat sich nachhaltig verschlechtert; in Kriegs- und Konfliktzeiten steigt das Bedürfnis, Informationen über die Gegenseite zu beschaffen. Die Schweiz kooperiert sicherheitspolitisch mit der Nato und der EU und erwirbt hochmoderne westliche Rüstungstechnologie, die das Interesse vor allem russischer und chinesischer staatlicher Akteure auf sich ziehen wird. Ebenso werden diese versuchen, mit Angriffen auf Politikerinnen und Politiker sowie auf die Bundesverwaltung an Informationen zu den Staaten und Bündnissen zu gelangen, mit denen die Schweiz zusammenarbeitet. Der verschärfte Handelskonflikt und die systemische Rivalität zwischen den USA und China sowie die wirtschaftlichen Verflechtungen der Schweiz mit internationalen Partnern, einschliesslich China, erhöhen das Risiko von politisch und wirtschaftlich motivierten Spionageaktivitäten in der Schweiz. Dies wird noch stärker der Fall sein, wenn die USA die Barrieren für Technologieexporte nach China weiter erhöhen, weil Spionage dann als Mittel bleibt, an solche Technologie zu gelangen, auch in der Schweiz.

Staatliche Cyberakteure arbeiten mit nationalen Hochschulen und spezialisierten Firmen zusammen und entwickeln so ihre Angriffsfähigkeiten rasch weiter. Zum chinesischen Cyberökosystem gehört zum Beispiel die allgemeine Pflicht, erkannte Schwachstellen rasch dem Staat zu melden, woraus staatliche

Cyberakteure Nutzen ziehen können. Staatliche Cyberakteure diverser Länder machen sich auch den technologischen Fortschritt wie zum Beispiel künstliche Intelligenz zunutze, um ihre Angriffe noch wirksamer auszuführen.

Die Anzahl erkannter Schwachstellen wird wahrscheinlich weiter stark zunehmen, weil die Digitalisierung vorangeht und so immer mehr potenziell verwundbare Geräte vernetzt werden. Während Schwachstellen oft relativ schnell von Angreifern entdeckt und ausgenutzt werden können, ist der Aufwand für die Entwicklung sicherer Software hoch. Die Hersteller sind zudem rechtlich nicht verpflichtet, ihre Programme möglichst angriffssicher zu gestalten.



EINSCHÄTZUNG DER EIGENEN SICHERHEITSVORKEHRUNGEN IM IT-BEREICH

Bundesamt für Cybersicherheit BACS
www.bacs.admin.ch

Empfehlungen IKT-Minimalstandards
IKT-Minimalstandard zur Verbesserung der IKT-Resilienz von Betreibern kritischer Infrastrukturen, Unternehmen und Organisationen (mit Bewertungsinstrument)
www.bacs.admin.ch

Startseite > Informationen für > Informationen für IT-Spezialistinnen und -Spezialisten > Themen

Meldung von Phishing-Seiten und Phishing E-Mails
www.antiphishing.ch

Allianz Digitale Sicherheit Schweiz
Cybersecurity Check
Online-Schnelltest zur Cybersicherheit für KMU
www.digitalsecurityswitzerland.ch

CYBERAKTEURE NUTZEN SCHWEIZER INFRASTRUKTUR FÜR ANGRIFFE



Staatliche und staatlich beauftragte Cyberakteure verfügen oft über weit aus grössere Ressourcen als finanziell motivierte oder hacktivistische Gruppierungen. Sie können sich für ihre Cyberangriffe viel Zeit lassen: Von der ersten Auskundschaftung bis zur Exfiltration von Daten oder Cybersabotage können Monate, wenn nicht Jahre vergehen.

Cyberakteure treffen Massnahmen, um zu verhindern, dass ihre Aktivitäten entdeckt und zum Ausgangsort zurückverfolgt werden. Teilweise verwischen sie nicht nur ihre Spuren, sondern legen bewusst falsche Fährten zu einem anderen Staat. Dies erschwert es, einen Cyberangriff einem Staat beziehungsweise einer Behörde zuzuschreiben. Cyberaktivitäten werden deshalb über sogenannte Anonymisierungsnetzwerke durchgeführt: Die Akteure greifen system nicht direkt von ihrer Infrastruktur aus an, sondern über mehrere zwischengeschaltete Geräte. Die Zuschreibung sicherheitspolitisch relevanter Cybervorfälle zu

Die Zuschreibung sicherheitspolitisch relevanter Cybervorfälle zu einem bestimmten Akteur wird zusätzlich erschwert, weil mehrere Cyberakteure desselben Staats dieselben Netzwerke nutzen können.

einem bestimmten Akteur wird zusätzlich erschwert, weil mehrere Cyberakteure desselben Staats dieselben Netzwerke nutzen können. Die staatlichen Akteure bauen diese Netzwerke teilweise selbst auf, können aber auch auf Cybersicherheitsfirmen zurückgreifen.

Anonymisierungsnetzwerke bestehen hauptsächlich aus zwei Komponenten:

- Schlecht geschützte, internetexponierte Geräte wie Router. Von Nachteil ist für die Cyberakteure, dass sie wenig Kontrolle haben und zum Beispiel den Zugang verlieren, wenn die Besitzer die Software aktualisieren.

- Gemietete IT-Infrastruktur, zum Beispiel Server. Hierüber haben die Angreifer grössere Kontrolle. Gemietete Server können als Bindeglied dienen, um von einem zum anderen Server zu gelangen, oder um eine Verbindung zum Zielsystem aufzubauen, etwa um eine Schadsoftware zu installieren.

Um die Spuren zusätzlich zu verwischen, tauschen die Angreifer die Bausteine ihrer Anonymisierungsnetzwerke kontinuierlich aus, manchmal innert Stunden.

Um anonym zu bleiben, mieten staatliche Cyberakteure oder deren Dienstleister die Server in der Regel bei einem sogenannten Bulletproof Hosting Provider. Solche Provider mieten die Server zum Teil selbst in anderen Datencentern und fungieren damit als Reseller, also als Intermediäre zwischen den staatlichen Akteuren und den Providern. Solche Reseller mieten auch Serverinfrastruktur von Providern in westlichen Staaten, inklusive der Schweiz, da Angriffe von Servern aus der Region des Ziellands weniger auffällig sind. Bulletproof Hosting Provider verfügen oft über Firmenkonstrukte in Offshore-Ländern. Sie geben meist keine Auskunft über ihre Kunden und deren Tätigkeiten, obwohl sie in vielen westlichen Ländern, auch in der Schweiz, dazu verpflichtet wären, sobald sie Infrastruktur einheimischer Datencentern nutzen. Zudem bieten sie oft die Möglichkeit, anonym in Kryptowährung zu zahlen. Diese Reseller spielen deshalb für staatliche wie auch für nichtstaatliche Cyberakteure eine essenzielle Rolle beim Aufbau der Angriffsinfrastruktur und von Anonymisierungsnetzwerken.

Typischerweise erstrecken sich die Anonymisierungsnetzwerke über mehrere Kontinente. Staatliche Cyberakteure nutzen Leistungen von Resellern, die Server von Schweizer Firmen weitervermieten. Vor allem chinesische und russische staatliche Cyberakteure nutzen solche Infrastruktur in der Schweiz, um militärische und politische Ziele in anderen Staaten auszuforschen. In Einzelfällen haben staatliche Cyberakteure diese Infrastruktur auch für Cybersabotageangriffe im Ausland verwendet. Zur Identifikation der Täter wie auch der Opfer ist eine schnelle Aufklärung dieser Angriffsinfrastruktur in enger Zusammenarbeit mit internationalen Partnern notwendig.

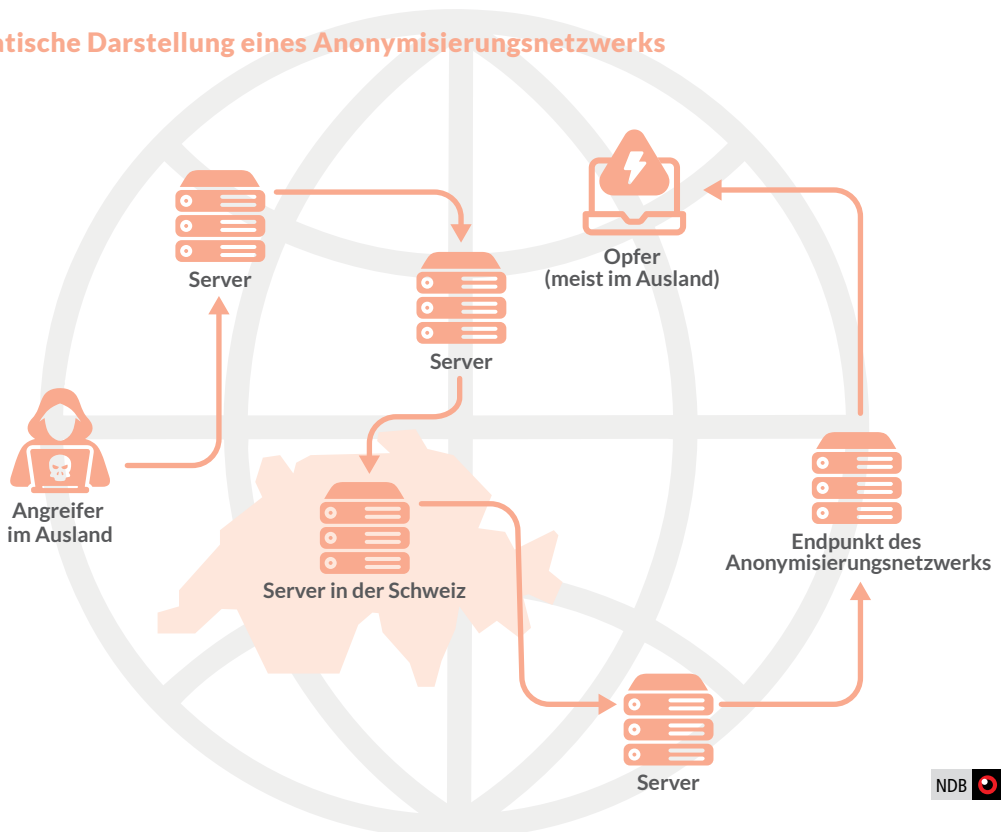


Die USA und weitere westliche Staaten, auch in Europa, haben jüngst Sanktionen gegen mehrere Bulletproof Hosting Provider erlassen. Entsprechende Dienstleister bleiben jedoch für staatliche Akteure ein zentrales Element beim Aufbau von Angriffs-

infrastruktur. Zudem wird die Registrierung für solche Server beziehungsweise die Erstellung der dafür notwendigen Nutzerdaten wie Mailadressen durch Automatisierung immer einfacher. Es ist daher wahrscheinlich, dass staatliche Cyberakteure ihre Angriffsinfrastruktur schneller erweitern und erneuern werden. Deshalb sind auch weitere Sanktionen gegen Bulletproof Hosting Provider sehr wahrscheinlich, auch gegen solche, die sich bei Schweizer Providern einmieten.

Die Schweiz hat die elf UNO-Normen für verantwortungsvolles Verhalten von Staaten im Cyberraum ratifiziert und setzt diese um. Dazu gehört, Missbrauch von IT-Infrastruktur auf dem eigenen Hoheitsgebiet vorzubeugen. Dazu arbeiten der NDB, das Bundesamt für Cybersicherheit sowie die Strafverfolgungsbehörden des Bundes und der Kantone untereinander und mit ihren jeweiligen internationalen Partnern eng zusammen.

Schematische Darstellung eines Anonymisierungsnetzwerks





KENNZAHLEN 2025



DER NACHRICHTENVERBUND DES NDB

Wie der NDB sicherheitsrelevante Informationen bündelt – und warum das für die Sicherheit von Grossereignissen entscheidend ist.

Wenn internationale Spitzenpolitiker zusammentreffen, richtet sich der Blick auf Sicherheitsdispositive, Polizeipräsenz und sichtbare Massnahmen. Kaum wahrgenommen wird hingegen das, was im Hintergrund längst läuft: der Nachrichtenverbund des NDB.

Er sorgt dafür, dass aus unzähligen Einzelhinweisen ein gemeinsames Lagebild entsteht – koordiniert, bewertet und für Entscheidungen nutzbar gemacht. Dieses System ist keine neue Erfindung. Lange bevor der NDB mit dem heutigen Nachrichtendienstgesetz ausgestattet wurde, arbeiteten Bund und Kantone bereits eng vernetzt zusammen.

Was sich bereits 2003 im Umfeld des G8-Gipfels in Evian bewährte, ist heute gelebte Praxis: Auch bei aktuellen internationalen Grossereignissen – etwa beim jährlichen World Economic Forum in Davos oder beim G7-Gipfel in Frankreich – stellt der Nachrichtenverbund sicher, dass die beteiligten Stellen von Bund und Kantonen rechtzeitig über die relevanten Lageinformationen verfügen. Im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit profitiert im konkreten Fall auch Frankreich.

Im Zentrum steht die Frage: Wie entsteht aus fragmentierten Einzelinformationen ein belastbares Gesamtbild? Genau hier setzt der Nachrichtenverbund des NDB an. Der NDB sorgt mit seinem Bundeslagezentrum dafür, dass die Hinweise nicht isoliert bleiben, sondern rasch,

strukturiert und sicher zusammengeführt und kontextualisiert werden. Dabei ist der NDB zwar die zentrale Drehscheibe, aber nicht der alleinige Produzent von Lageinformationen. Alle beteiligten Akteure liefern Beiträge aus ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen – von der Terrorismusbekämpfung über die Spionageabwehr bis hin zu Cyberbedrohungen.

Der Mehrwert des Nachrichtenverbunds liegt in der Verarbeitung und Verdichtung dieser Informationen. Die Qualität des daraus entstehenden Lagebilds und dessen sichere Verbreitung über eine elektronische Lagedarstellung an alle Partner im Nachrichtenverbund sind entscheidend für die Wirksamkeit staatlicher Massnahmen und damit letztlich auch für die Sicherheit der Schweiz.

Die dezentralen Strukturen der Schweiz machen die Koordination anspruchsvoll. Gleichzeitig profitiert der Nachrichtenverbund von der Nähe der Akteure zum Geschehen. Ergänzt wird dies durch die internationale Vernetzung des NDB: Sie ermöglicht den Zugang zu Informationen, die den einzelnen Polizeikörpern und anderen Partnern sonst nicht zur Verfügung stünden.

Der Nachrichtenverbund des NDB ist damit ein zentrales und unverzichtbares Element für die Sicherheit der Schweiz.

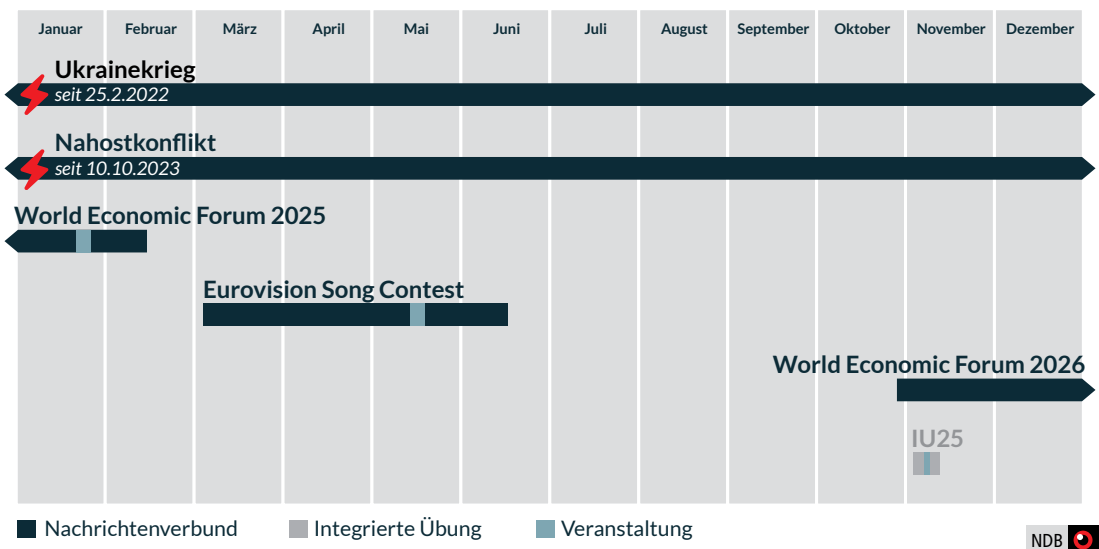
LAGEBEURTEILUNG

**Die Schweiz braucht den NDB, weil ...
... der NDB die erheblichen Bedrohungen für die
Schweiz identifiziert und darüber berichtet.**

Empfänger der Lagebeurteilungen des NDB waren der Bundesrat, daneben weitere politische Entscheidungsträger und zuständige Stellen in Bund und Kantonen, militärische Entscheidungsträger sowie die Strafverfolgungsbehörden. Der NDB bedient diese auf Bestellung oder aus eigenem Antrieb, periodisch oder spontan beziehungsweise termingebunden mit Informationen und Erkenntnissen aus allen Bereichen des Nachrichtendienstgesetzes (NDG) und des klassifizierten Grundauftrags des NDB, sei dies in schriftlicher oder mündlicher Form.

Nachrichtenverbund

Der NDB unterstützte 2025 die Kantone mit fünf von seinem Bundeslagezentrum geführten Nachrichtenverbunden. Bei der nationalen Krisenübung „IU25“ richtete der NDB ebenfalls einen Nachrichtenverbund ein.



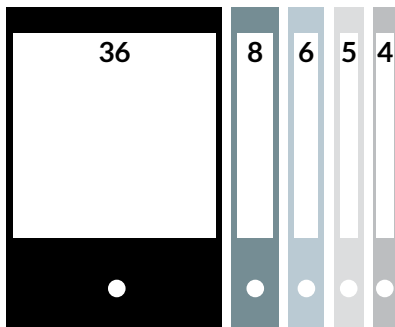
AMTSBERICHTE

Die Schweiz braucht den NDB, weil ...
... der NDB den zuständigen Behörden zur Verwendung in Straf- und Verwaltungsverfahren unklassifizierte Informationen übergibt.

So stellte der NDB 2025 der Bundesanwaltschaft 24 und anderen Bundesbehörden wie dem Bundesamt für Polizei, dem Staatssekretariat für Migration oder dem Staatssekretariat für Wirtschaft 35 Amtsberichte (ohne Nachträge zu bereits bestehenden Amtsberichten) zu.

An Bundesbehörden eingereichte Amtsberichte nach Bereichen Total 59

- Terrorismus
- Gewalttätiger Extremismus
- Verbotener Nachrichtendienst
- Proliferation
- Keinem dieser Themen ausschliesslich zuzuordnen



INTERNATIONALE KOOPERATION

Die Schweiz braucht den NDB, weil ...
... der NDB mit ausländischen Behörden zusammenarbeitet, die Aufgaben im Sinn des NDG erfüllen. Er vertritt hierzu die Schweiz unter anderem in internationalen Gremien.

Im Einzelnen pflegt der NDB den Nachrichtenaustausch mit über hundert Partnerdiensten verschiedener Staaten und mit internationalen Organisationen. Dazu gehören die zuständigen Stellen bei der UNO sowie Institutionen und Einrichtungen der EU, die sich mit sicherheitspolitischen Fragen befassen.

13'308

Meldungen mit Aufgabenbezug von ausländischen Partnerdiensten

3887

Meldungen mit Aufgabenbezug an ausländische Partnerdienste



SENSIBILISIERUNG

**Die Schweiz braucht den NDB, weil ...
... der NDB zusammen mit den Kantonen Programme zur Schärfung des Bewusstseins für Aktivitäten in den Bereichen Spionage und Proliferation unterhält.**

Mit dem Programm Prophylax sensibilisiert der NDB Unternehmen, Wirtschaftsorganisationen, Universitäten, Hochschulen, Forschungsinstitute und Behörden. Er zeigt mögliche Sicherheitsmassnahmen gegen den unerwünschten Wissenstransfer oder die Weitergabe von Informationen oder Daten auf.

2025 führte der NDB 121 Sensibilisierungen durch: 24 Sensibilisierungen mit Unternehmen und Wirtschaftsverbänden, 31 Sensibilisierungen mit Hochschulen usw., 66 Sensibilisierungen mit Behörden auf Bundes- und Kantonebene.

PRÄVENTION

**Die Schweiz braucht den NDB, weil ...
... der NDB zusammen mit den Kantonen und den Bundesbehörden auch Präventivansprachen in den Bereichen Spionage und Proliferation führt.**

Der NDB hat auch Kontakt zu Unternehmen und Hochschulen, um Gespräche hinsichtlich von Prävention zu führen.

2025 führte der NDB 69 Präventivansprachen durch.

EXPORTKONTROLLGESCHÄFTE

**Die Schweiz braucht den NDB, weil ...
... der NDB die Proliferation bekämpft, indem er dazu beiträgt, dass Dual-use-Güter, Kriegsmaterial und Technologien nicht illegal aus der Schweiz ausgeführt werden.**

Zusammen mit den Eidgenössischen Departementen für auswärtige Angelegenheit beziehungsweise Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation sowie den Staatssekretariaten für Sicherheitspolitik beziehungsweise Wirtschaft bildet er die Exportkontrollgruppe des Bundes. Das Staatssekretariat für Wirtschaft unterbreitet dem NDB genehmigungspflichtige Ausfuhrgeschäfte zur Risikobewertung.

2025 nahm der NDB bei 135 Geschäften Stellung dazu, ob ein Risiko für eine Widerhandlung gegen das Güterkontroll-, Kriegsmaterial- oder Embargogesetz besteht. Der NDB meldet mögliche Widerhandlungen auch von sich aus den Exportkontroll- oder den Strafermittlungsbehörden.

GENEHMIGUNGSPFLICHTIGE BESCHAFFUNGSMASSNAHMEN

**Die Schweiz braucht den NDB, weil ...
... der NDB in Fällen mit besonders grossem Bedrohungspotenzial in den Bereichen Terrorismus, verbotener Nachrichtendienst, Proliferation, Angriffe auf kritische Infrastrukturen oder Wahrung weiterer wichtiger Landesinteressen nach Artikel 3 NDG genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahmen einsetzen kann.**

Die genehmigungspflichtigen Beschaffungsmassnahmen müssen jeweils vom Bundesverwaltungsgericht genehmigt und nach Konsultation des Vorstehers des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten und des Vorstehers des Eidgenössischen

Justiz und Polizeidepartements vom Vorsteher des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport freigegeben werden.

Die genehmigungspflichtigen Beschaffungsmassnahmen werden für maximal drei Monate genehmigt. Nach deren Ablauf kann der NDB einen begründeten Verlängerungsantrag für maximal weitere drei Monate stellen. Die Massnahmen unterstehen einer engen Kontrolle durch die Unabhängige Aufsichtsbehörde über die nachrichtendienstlichen Tätigkeiten und die Geschäftsprüfungsdelegation.

Genehmigte und freigegebene Massnahmen

Aufgabengebiet	Massnahmen
Terrorismus	32
Verbotener Nachrichtendienst	29
NBC-Proliferation	36
Angriffe auf kritische Infrastrukturen	112
Total	209

Von den Massnahmen betroffene Personen

Kategorie	Anzahl
Zielpersonen	9
Drittpersonen	6
Unbekannte Personen (zum Beispiel nur Telefonnummer bekannt)	9
Total	24

Zählweise

- Bei den Massnahmen wird eine genehmigte und freigegebene Verlängerung (mehrmals möglich für maximal je drei Monate) als neue Massnahme gezählt, da diese im ordentlichen Prozess neu beantragt und begründet werden musste.
- Betroffene Personen werden hingegen nur einmal jährlich gezählt, auch bei Massnahmeverlängerungen.

KABELAUFKLÄRUNG

Mit dem NDG hat der NDB ebenfalls die Möglichkeit erhalten, zur Beschaffung von Informationen über sicherheitspolitisch bedeutsame Vorgänge im Ausland Kabelaufklärung zu betreiben (Art. 39 ff. NDG).

Da die Kabelaufklärung der Informationsbeschaffung über das Ausland dient, ist sie nicht als genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahme im Inland konzipiert.

Die Kabelaufklärung kann nur mit der Verpflichtung schweizerischer Betreiberinnen von leitungsgebundenen Netzen und Anbieterinnen von Telekommunikationsdienstleistungen durchgeführt werden, die entsprechenden Signale an den Dienst Cyber- und Elektromagnetische Aktionen der Schweizer Armee weiterzuleiten. Das NDG sieht für die Anordnungen an die Betreiberinnen beziehungsweise die Anbieterinnen ein Genehmigungs- und Freigabeverfahren analog demjenigen für genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahmen vor.

4

**Kabel-
aufklärungsaufträge**
(in Bearbeitung Ende 2025)



FUNKAUFKLÄRUNG

Auch die Funkaufklärung ist auf das Ausland ausgerichtet (Art. 38 NDG), was bedeutet, dass sie nur Funksysteme, die sich im Ausland befinden, erfassen darf. In der Praxis betrifft dies vor allem Telekommunikationssatelliten und Kurzwellensender.

12

**Funk-
aufklärungsaufträge**
(in Bearbeitung Ende 2025)



PERSONENÜBERPRÜFUNGEN IM MIGRATIONSBEREICH UND ANTRÄGE AUF EINREISEVERBOTE

**Die Schweiz braucht den NDB, weil ...
... der NDB bestimmte Personen aus dem Aus-
land auf eine mögliche Gefährdung der inneren
Sicherheit des Landes prüft.**

Ist der NDB der Auffassung, dass die betroffene Person ein potenzielles Risiko darstellt, kann er die Ablehnung des Antrags (siehe unten) empfehlen oder bei den zuständigen Behörden Vorbehalte geltend machen. Je nach Gesuch kann es sich dabei um das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten, das Staatssekretariat für Migration oder das Bundesamt für Polizei handeln.

	Gesamtzahl der Prüfungen	Empfehlung auf Ablehnung
Akkreditierung von Diplomatinnen und Diplomaten sowie von internationalen Funktionärinnen und Funktionären		30
Visumgesuche	4793	36
Gesuche um Stellenantritt und Aufenthalts- bewilligung im ausländerrechtlichen Bereich		5
Asyldossiers	373	2
Schutzstatus S	3	0
Einbürgerungsgesuche	46'992	1
Datensätze im Rahmen des Schengen- Visakonsultationsverfahrens Vision	1'530'508	7
API-Daten (Advance Passenger Information) <small>API-Daten, die keine Treffer mit den beim NDB vorhandenen Daten ergeben, löscht der NDB nach einer Bearbeitungsfrist von 96 Stunden.</small>	4'195'024 Personen auf 24'732 Flügen	

ANTRÄGE AUF EINREISEVERBOT

Von den 63 Einreiseverboten zur Wahrung der Sicherheit der Schweiz, die der NDB beim Bundesamt für Polizei beantragt hat, wurden 51 ausgesprochen. 12 Anträge waren bei Jahresende noch in Bearbeitung. Kein Antrag wurde an den NDB zurückgewiesen.

PERSONENSICHERHEITSPRÜFUNGEN

Die Personensicherheitsprüfung stellt eine präventive Massnahme zur Wahrung der inneren Sicherheit der Schweiz sowie zum Schutz ihrer Bevölkerung dar. Sie erfolgt bei Personen in sicherheitsempfindlichen Funktionen mit Zugang zu klassifizierten Informationen, Materialien oder Anlagen.

Für die Bundeskanzlei und die Fachstelle für Personensicherheitsprüfungen des VBS führt der NDB im Rahmen von Personensicherheitsprüfungen Auslandabklärungen und vertiefte Abklärungen zu in den Informations- und Speichersystemen des NDB verzeichneten Personen durch.

2025 waren es 1551 Auslandabklärungen und 171 vertiefte Abklärungen (zu in den Informations- und Speichersystemen des NDB verzeichneten Personen).

TRANSPARENZ

2025 gingen insgesamt 204 Auskunftsgesuche gestützt auf Artikel 63 NDG und Artikel 25 Datenschutzgesetz (DSG) ein. 118 Gesuchstellerinnen oder Gesuchsteller erhielten eine vollständige Antwort: Der NDB erteilte ihnen vollständig Auskunft darüber, ob und falls ja, welche Daten er zum Zeitpunkt des Gesucheneingangs über sie bearbeitet hatte.

In 39 Fällen wurde die Antwort aufgrund von Geheimhaltungs-/Drittinteressen aufgeschoben, eingeschränkt oder verweigert (Art. 63 Abs. 2 NDG / Art. 26 Abs. 2 DSG).

In 11 Fällen wurden die formellen Voraussetzungen (wie zum Beispiel das Erbringen des Identitätsnachweises) für die Bearbeitung eines Gesuchs trotz entsprechender Aufforderung nach drei Monaten nicht erfüllt: diese Gesuche, wurden als gegenstandslos abgeschrieben. In 4 Fällen bestand Ende 2025 noch die Möglichkeit, innert Frist (3 Monate) die formellen Voraussetzungen zu erfüllen. 32 Auskunftsgesuche waren Ende 2025 noch unbeantwortet.

2025 gingen beim NDB 38 Zugangsgesuche aufgrund des Öffentlichkeitsgesetzes (BGÖ) ein. In 26 dieser Fälle war der NDB federführend, in 12 mitbeteiligt.

PERSONAL UND FINANZEN

Der NDB steht für gelebte Diversität: Mitarbeitende mit unterschiedlichen Ausbildungs- und Berufshintergründen, Generationen, Geschlechtern sowie vielfältigen Lebens- und Erfahrungshorizonten arbeiten eng zusammen. Geprägt wird diese Zusammenarbeit durch die Werte Offenheit, Mut, Respekt, Vertrauen und Weitsicht. Die Mehrsprachigkeit der Schweiz ist im Arbeitsalltag präsent. Alle Landessprachen sind vertreten und aktiv im Einsatz. Diese Diversität bringt unterschiedliche Perspektiven zusammen und stärkt die interdisziplinäre Zusammenarbeit sowie die fundierte, ganzheitliche Betrachtung komplexer Fragestellungen in der nachrichtendienstlichen Arbeit.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Total 458

(Stand Ende 2025)

192

Mitarbeiterinnen



266

Mitarbeiter

Finanzen

in Millionen Franken



18

Abgeltung an die Kantone für ihre Nachrichtendienste

Aufteilung nach Sprachen

(Stand Ende 2025)

73,4 %

Deutsch

24 %

Französisch

2,6 %

Italienisch



ABBILDUNGSVERZEICHNIS

- 1 Brennender Öltanker nach einem iranischen Angriff, Hafen von Khor al-Zubair, Irak, 11. März 2026
© Keystone / AP Photo
- 2 Schäden durch russische Drohnen, die bei einem Angriff auf die Ukraine den polnischen Luftraum verletzt haben, Wryki bei Lublin, 11. September 2025.
© AP Photo/Czarek Sokolowski
- 3 Bahnhofplatz in Winterthur nach dem Messerangriff vom 28. Mai 2026
© Keystone / Claudio Thoma
- 4 Restaurant «Della Casa», am Tag nach der nicht bewilligten Demonstration für Gaza, Bern, 12. Oktober 2025
© Keystone / Peter Klaunzer
- 5 Antiisraelische Werbetafel mit Bildern von Raketen und der Aufschrift auf Persisch „Israel ist schwächer als ein Spinnennetz“, Teheran, 19. August 2024
© Keystone / EPA / Abedin Taherkenareh
- 6 Der Stern von Laufenburg spielt eine wichtige Rolle für die Stromversorgung in Europa, Laufenburg AG, 13. Februar 2023
© Keystone / Gaetan Bally
- 7 Reparaturarbeiten nach Anschlag auf das Berliner Stromnetz, zu dem sich eine links-extremistische Gruppierung bekannt hat, Berlin, 5. Januar 2026
© Keystone / EPA / Hannibal Hanschke

Redaktion
Nachrichtendienst des Bundes NDB

Redaktionsschluss
Mai/Juni 2026

Kontaktadresse
Nachrichtendienst des Bundes NDB
Papiermühlestrasse 20
CH-3003 Bern
media@ndb.admin.ch
www.ndb.admin.ch

Vertrieb
BBL, Verkauf Bundespublikationen,
CH-3003 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Art.-Nr. 503.001.26d
ISSN 1664-4671

Copyright
Nachrichtendienst des Bundes NDB, 2026

SICHERHEIT SCHWEIZ

Nachrichtendienst des Bundes NDB
Papiermühlestrasse 20
CH-3003 Bern

www.ndb.admin.ch / media@ndb.admin.ch

